



Migration und gesellschaftlicher Wandel – Förderlinie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

BEAUFTRAGT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



DLR Projektträger

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	05
Der Beirat	06
Affektive und kulturelle Dimensionen der Integration infolge von Flucht und Zuwanderung (AFFIN)	08
Aufstieg als Integration: Eine Herausforderung für die Institutionen des zweiten Bildungswegs (AUFSTIEG)	10
Organisationsregeln zum Umgang mit dem Körper im Spannungsfeld von Organisation und Zuwanderung (BODYRULES)	12
Diversität und Wandel der Erziehung in Migrantenfamilien (DIWAN)	14
Geschichten in Bewegung: Erinnerungspraktiken, Geschichtskulturen und historisches Lernen in der deutschen Migrationsgesellschaft (HiLMiG)	16
Transformationsprozesse von Sportorganisationen in der Migrationsgesellschaft (InBewegung)	18
Interkulturelle Räume für die Beteiligung in der Stadtentwicklung (INTERPART)	20
Einstellungen junger Männer mit und ohne Zuwanderungsgeschichte zu Gender und LSBTI in einer sich wandelnden, vielfältigen Gesellschaft (JUMEN)	22
Kulturproduktion in der Migrationsgesellschaft (KultMIX)	24
Migration und Institutionenwandel im deutschen Gesundheitswesen im Feld der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung von Geflüchteten (MIGEP)	26
Migration, Diversität und institutioneller Wandel in den Ingenieurwissenschaften (Milng)	28
Migrationsbezogene Konflikte als Herausforderung und Chance für institutionellen Wandel in groß- und kleinstädtischen Kontexten (MigraChance)	30
Migration und Polizei - Auswirkungen der Zuwanderung auf die Organisation und Diversität der deutschen Polizei (MIGRATE)	32
Muslime im Jugendstrafvollzug (MiJu)	34
Migration und organisationaler Wandel in Sportvereinen (MoWiS)	36
Fremde im eigenen Land? Eine Studie über die Veränderbarkeit nationaler Narrative mithilfe Politischer Laboratorien (PoliLab)	38
Postmigrantische Familienkulturen (POMIKU)	40
Gelingende Diversität im sozialräumlichen Kontext (ProZiS)	42
Schulischer Wandel in der Migrationsgesellschaft (SchuWaMi)	44
Kulturelle Vielfalt und Konflikte in Gesundheitseinrichtungen: Eine empirische Studie (TONGUE)	46
Teilhabe durch soziokulturelle Öffnung? (Post-)migrantische Fachkräfte und Patient/innen im institutionellen Wandel am Beispiel von Medizin und Pflege (ToP)	48
Auf Dauer? Auf Zeit? Die Vielfalt transnationaler Mobilität als Herausforderung für institutionellen Wandel von Schulen in Deutschland (TraMis)	50
Zivilgesellschaftliche Organisationen und die Herausforderungen von Migration und Diversität (ZOMiDi)	52
Europäische Forschung zu Migration und Integration	54

Liebe Leserinnen und Leser,

welche nachhaltigen Auswirkungen hat Migration auf unsere Gesellschaft? Mit dieser Frage beschäftigen sich in Deutschland verschiedene Forschungsprojekte mit Schwerpunkten zu Bereichen wie Stadtentwicklung, Bildung und Gesundheit. Die Projekte befassen sich mit den Mechanismen von Integration und nehmen dabei besonders den kulturellen und den institutionellen Wandel der Gesamtgesellschaft in den Blick. Beispielsweise wird der Einfluss von Migration auf die Leitbilder von Erziehung oder auf die Erinnerungskultur in Deutschland untersucht. Migrationsprozesse beeinflussen auch die Strukturen von Einrichtungen und Institutionen in Deutschland. Das Spektrum der zu untersuchenden Institutionen reicht dabei von der Polizei über Schulen und das Gesundheitswesen bis hin zu kulturellen Einrichtungen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert innerhalb der Förderlinie „ Migration und gesellschaftlicher Wandel“ seit 2018 insgesamt 23 verschiedene (Verbund-)Projekte mit 52 Teilvorhaben. Das Gesamtvolumen beträgt ca. 18 Mio. Euro. Begleitet wird die Förderlinie von einem Beirat, der den Projekten als weitere Expertise mit Rat und Tat zur Seite steht.

Die vorliegende Publikation stellt Ihnen diese bundesweiten Projekte vor und bietet überdies auch Einblicke in Entwicklungen auf EU-Ebene.

Informationen zu weiteren Aktivitäten im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften sowie aktuelle News und Veranstaltungstipps finden Sie unter <https://www.geistes-und-sozialwissenschaften-bmbf.de>.

Der Beirat

Um die Förderlinie „Migration und gesellschaftlicher Wandel“ fachlich zu begleiten, wurde ein Beirat eingerichtet, welcher die BMBF-geförderten Projekte mit Empfehlungen unterstützt. Die Beiratsmitglieder sehen und setzen dabei unterschiedliche Schwerpunkte:

Prof. Christiane Falge, Hochschule für Gesundheit Bochum

„Migrationsforschung ist so wichtig, da sie Migration als ein unsere plurale Gesellschaft konstituierendes Phänomen ansieht. Die Migrationsforscher*innen dieser Förderlinie tragen dazu bei, Diversität gerecht zu werden, indem sie aufzeigen, wie sich kultureller Wandel darstellt und wo sich unsere Gesellschaft noch für kulturelle Vielfalt öffnen muss, um Teilhabe zu ermöglichen. Angesichts des Erstarkens rechtspopulistischer Bewegungen sind diese Perspektiven auf unsere Gesellschaft unabdingbar.“



Prof. Schahrzad Farrokhzad, TH Köln

„Meine Motivation, mich im Beirat der Förderlinie zu engagieren, lag in deren breitem Verständnis von gesellschaftlichen Wandlungsprozessen im Kontext von Migration – und dies unter expliziter Berücksichtigung sowohl individueller, kultureller als auch institutioneller Perspektiven. Aus der Mitarbeit in der Förderlinie nehme ich den Eindruck einer lebendigen wissenschaftlichen Debatte um migrationsgesellschaftliche Themen mit, die voraussichtlich auch in Zukunft durch eine hohe Dynamik gekennzeichnet sein wird.“

Antje Herbst, Stelle für interkulturelle Arbeit, München

„Das Thema der Förderrichtlinie umschreibt genau das Feld, in dem wir als Stelle für interkulturelle Arbeit der Landeshauptstadt München aktiv sind. Daher hat mich der Ansatz der Förderrichtlinie, Wissenschaft und Praxis in den Projekten zu verzahnen, überzeugt. Innovative Projekte und neue Ansätze in diesem Feld unterstützen die Kommunen dabei, die Vielfalt der Chancen zu sehen und zu nutzen, sowie den Herausforderungen wirksam zu begegnen.“





Dr. Axel Kreienbrink, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

„Migration und Integration verändern unsere Gesellschaft auf vielen Ebenen, individuellen, institutionellen und kulturellen. Dies betrifft uns alle nicht nur abstrakt, sondern in vielen Alltagssituationen – von der Nachbarschaft über die Schule, vom Schwimmbad bis zum Krankenhaus. Um diese Prozesse besser zu verstehen, leisten die Projekte dieser Förderlinie einen wichtigen Beitrag.“

Prof. Dr. Dominic Kudlacek, Hochschule Bremerhaven

„Eine sinnvolle Steuerung von Zuwanderung und konstruktive gesellschaftliche Diskurse über Integration benötigen empirisch abgesicherte Erkenntnisse über Migration. Die Förderlinie des BMBF hat zahlreiche Projekte mit vielfältigen Fragestellungen ermöglicht, deren Ergebnisse sachliche Debatten bestärken und damit verbunden zu einer faktenbasierten Migrationspolitik beitragen.“



Dr. Jan Schneider, Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR)

„Interessant fand ich die duale Ausrichtung der Förderlinie: institutioneller Wandel und kultureller Wandel durch Einwanderung. Die Veränderungen von Organisationen und Institutionen sind ganz häufig Gegenstand medialer Diskurse oder entstehen aus konkreten Forderungen und Bedarfslagen. Wandel von Kultur oder kulturellen Praktiken ist dagegen weniger akut. Ihn zu verstehen ist ebenfalls sehr bedeutsam – nicht zuletzt, um Lehren zu ziehen, wie die Gesellschaft zukünftig besser mit ethnischer Diversität umgehen kann.“

Prof. Erol Yildiz, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

„Ein Schwerpunkt meiner bisherigen Forschungs- und Publikationstätigkeit ist der Prozess migrationsbedingter Transformation gesellschaftlicher Strukturen und sozialer Verhältnisse. Da dieser thematische Kontext im Mittelpunkt dieser Förderlinie stand, war ich sehr motiviert, mich an der gemeinsamen Diskussion zu beteiligen. Mein Engagement ist mit der Hoffnung verbunden, dass aus dem gewonnenen Wissen neue Ideen entstehen, die der aktuellen Migrationsforschung und der praktischen Arbeit neue Impulse geben (können).“



Titel (Verbund-)Projekt:	Affektive und kulturelle Dimensionen von Integration infolge von Flucht und Zuwanderung (AFFIN)
Beteiligte Einrichtungen:	Freie Universität Berlin Charité - Universitätsmedizin Berlin Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Georg-August-Universität Göttingen
Projektleitung:	Prof. Dr. Christian von Scheve
Laufzeit:	20.12.2017 – 31.08.2021
Weitere Informationen:	https://www.polsoz.fu-berlin.de/soziologie/v/affin , www.diw.de/affin , https://psychiatrie.charite.de/forschung/global_mental_health/ , https://www.uni-goettingen.de/de/affin.html

Affektive und kulturelle Dimensionen der Integration infolge von Flucht und Zuwanderung (AFFIN)

Welche Bedeutung haben Werte, Einstellungen und Emotionen von Zugewanderten und einheimischer Bevölkerung für eine erfolgreiche Integration? Dieser Frage geht das Verbundprojekt „AFFIN“ in vier Teilprojekten nach. Das Forschungsprojekt leistet damit einen Beitrag zum Verständnis der hochaktuellen Herausforderungen, die sich seit 2015 infolge der hohen fluchtbedingten Zuwanderung nach Deutschland für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ergeben.

Ziele und Fragestellungen

Der AFFIN-Verbund geht von der These aus, dass der vielzitierte „Kitt“, der Gesellschaften zusammenhält, nicht nur aus Wissen und Kompetenzen, sondern ebenso aus kulturell geprägten Werten, Einstellungen und Emotionen besteht. Diese vergleichsweise wenig beforschten und daher in der öffentlichen Debatte kaum beachteten Dimensionen von Integrationsprozessen rückt der Verbund in den Mittelpunkt. Dazu wurden umfangreiche empirische Studien sowohl mit Geflüchteten als auch mit der einheimischen Bevölkerung in Deutschland durchgeführt.

Bisherige Ergebnisse der vier Teilprojekte

Entgegen dem in öffentlichen Debatten oft vorherrschenden Eindruck zeigen die Forschungsergebnisse mit Blick auf demokratische Wertorientierungen und Geschlechtergleichheit nur geringe Unterschiede zwischen

Geflüchteten und der deutschen Bevölkerung. Jedoch können Unterschiede in demokratischen und weltlichen Werten Kontakt und Interaktion zwischen Deutschen und Geflüchteten hemmen. Liberale Wertehaltungen bei Geflüchteten hingegen begünstigen das Gefühl, in Deutschland willkommen zu sein. Interviews mit Geflüchteten zeigen, dass die Ablehnung von Werten wie Freiheit oder Individualismus negative Konsequenzen für die Bewertung der deutschen Gesellschaft mit sich bringt. Dadurch wird die Identifikation mit und Zugehörigkeitsgefühle zu dieser Gesellschaft erschwert.

Weiterhin zeigen die Studien des Projektes, dass etwa die Hälfte der 2013 bis 2016 angekommenen Geflüchteten an psychischem Stress leidet. Gefühle wie Niedergeschlagenheit und Angst stehen u. a. im Zusammenhang mit unsicheren Bleibeperspektiven, unerfülltem Streben nach Familiennachzug, dem längerfristigen Leben in Gemeinschaftsunterkünften, sprachlicher und bürokratischer Überforderung sowie eingeschränkten beruflichen Perspektiven.

Dazu kommen Gefühle, nicht akzeptiert oder gar rassistisch diskriminiert und politisch instrumentalisiert zu werden. Geflüchtete betonen in Interviews Sehnsüchte nach einem intensiveren Sozialleben, wie es zuvor häufig im Heimatland bestand. Geflüchtete weisen verschiedene Quellen der Resilienz auf und nutzen u. a. kognitive Strategien wie Akzeptanz, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Allerdings gefährden Hindernisse wie langes Warten auf das Ergebnis des Asylprozesses und negative Emotionen die Motivation zur Integration.

Mit Blick auf die deutsche Aufnahmegesellschaft zeigt das Projekt, dass Sorgen angesichts gestiegener Zuwanderung seit ihrem Höchststand im Jahr 2016 wieder deutlich zurückgehen. Gleichzeitig zeigten Ergebnisse, dass die im Osten sowie in ländlichen Räumen der Bundesrepublik lebende Bevölkerung anhaltende Zuwanderung insgesamt und die Zuwanderung von Geflüchteten im Besonderen deutlich skeptischer bewertet. Auf längere Sicht bestätigt sich die Hypothese nicht, dass der fortlaufende Generationenwandel in Deutschland alleingegenommen zu größerer Toleranz gegenüber hier lebenden Migrant*innen und neu Zugewanderten führt. Vielmehr zeigt sich, dass beispielsweise die jüngste Generation in Ostdeutschland im Generationenvergleich wieder vermehrt ablehnende Haltungen gegenüber Zuwanderern äußert.

Integration umfasst neben klassischen Indikatoren wie der Teilhabe am Arbeitsmarkt und dem sozioökonomischen Status auch wichtige kulturelle und emotionale Prozesse. Im Laufe dieser verzahnten Integrationsprozesse ergeben sich vielfach Chancen wie auch Herausforderungen, die

teilweise die gesundheitlich-emotionale Verfassung, das kulturelle Miteinander und die Haltungen der Aufnahmegesellschaft betreffen.

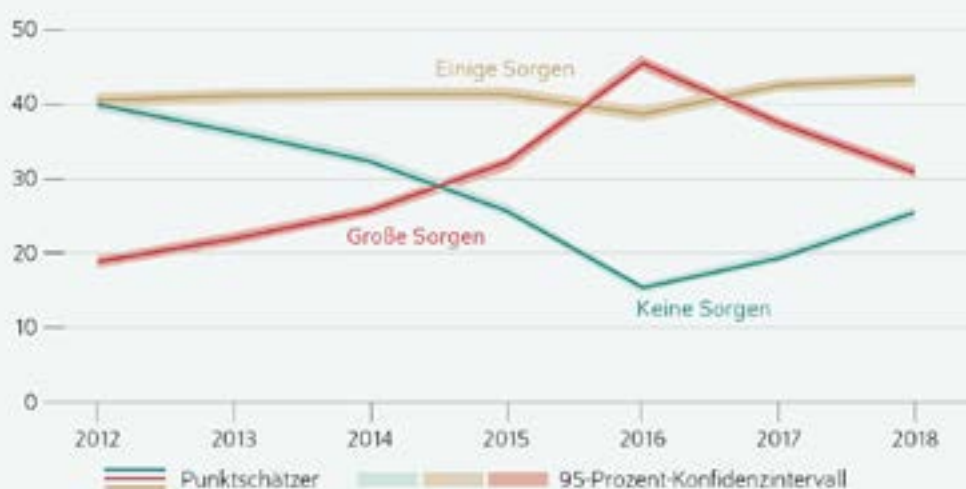
Kooperationen und Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren

Die Ergebnisse des Projekts liefern Befunde, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter zu fördern: So können die Ergebnisse dazu genutzt werden, konkrete Handlungsempfehlungen für Akteure in Politik und Gesellschaft zu entwickeln. Darüber hinaus lassen sich Empfehlungen für psychologisch-psychiatrische Präventions- und Interventionsstrategien bei oft stressbedingten affektiven Störungen infolge von Migration und Flucht ableiten.

Vor allem bei der Durchführung einer qualitativen Interviewstudie hat der AFFIN-Verbund auf die Kooperation mit Initiativen von Geflüchteten, z. B. der Silent University, gesetzt, um die beforschten Personen in den Forschungsprozess einzubinden.

Abbildung 1

Sorgen aufgrund von Zuwanderung zwischen 2012 und 2018 In Prozent der Mitglieder der Aufnahmegesellschaft



Quellen: SOEP v.35 (gewichtet), Wellen 2012 bis 2018; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

In der einheimischen Gesellschaft nehmen große Sorgen aufgrund von Zuwanderung seit 2016 deutlich ab.

	Aufstieg als Integration: Eine Herausforderung für die Institutionen des zweiten Bildungswegs
	Bergische Universität Wuppertal
	Prof. Dr. Claudia Schuchart, Prof. Dr. Doris Bühler-Niederberger
	01.06.2018 – 31.05.2022
	https://www.ifb.uni-wuppertal.de/de/institut/projekte/aufstieg-als-integration.html

Aufstieg als Integration: Eine Herausforderung für die Institutionen des zweiten Bildungswegs (AUFSTIEG)

Der zweite Bildungsweg (ZBW) ist eine Möglichkeit für Erwachsene, nach einer Phase der Ausbildung, Erwerbsarbeit oder Kinderziehung einen höheren Abschluss wie z. B. die Studienzugangsberechtigung zu erwerben. Ältere Auswertungen des statistischen Bundesamtes zeigen, dass der ZBW von einem steigenden Anteil von Studierenden ohne deutsche Staatsbürgerschaft genutzt wird. Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund sind häufig in früheren Bildungsetappen benachteiligt, und der ZBW stellt für sie eine Möglichkeit zum Aufstieg und zur Integration in der Mehrheitsgesellschaft dar. Die wenigen vorliegenden Studien weisen jedoch auf hohe Abbrecherzahlen hin. Über die Merkmale der Studierenden, inklusive Schwierigkeiten, die sie am erfolgreichen Abschluss hindern, ist bisher wenig bekannt.

Das Projekt verfolgt das Ziel, einen möglichen Aufstiegskanal für Benachteiligte (aus kulturellen, sozialen, aber auch persönlichen Gründen) zu untersuchen und Hinweise zu erarbeiten, wie er durch unterschiedliche Gruppen von Studierenden effizient zu nutzen wäre.

Für den praktischen Bezug kooperiert das Projekt AUFSTIEG mit Organisationen des zweiten Bildungswegs in Deutschland, so mit dem Ring der Abendgymnasien sowie der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung in Niedersachsen. Weiterhin besteht eine Kooperation mit der Universität Masaryk (Tschechische Republik) bezüglich eines dortigen landesweiten Projektes zum Erwerb der Studienberechtigung über alternative Wege.

Zwischen Bedürfnissen der Lernenden und institutionellen Anforderungen – Dilemmata der Schulen

Institutionen des ZBW haben einen schwierigen Auftrag: Einerseits sollen sie mit dem Abitur den höchsten zu erreichenden Schulabschluss vergeben und sich an den Vorgaben für Gymnasien orientieren. Andererseits handelt es sich um eine Studierendenschaft, die die Schule seit Jahren hinter sich gelassen hat und damit besondere Lernbedürfnisse aufweist. Viele von ihnen haben zudem gebrochene Bildungsbiografien. Entsprechend gibt etwa die Hälfte der befragten 540 Studierenden an, dass sie möglicherweise im zweiten Bildungsweg aufgrund fachlicher Schwierigkeiten scheitern könnten. Psychische Probleme nennen etwa 30 Prozent, fehlende Motivation etwa ein Drittel und häufige Krankheiten etwa ein Viertel. Hier deuten sich Dilemmata an, die für Lehrkräfte und Studierende aus gymnasialem Anspruch und Schülerschaft erwachsen, die wir in einzelnen Analysen ausgelotet haben.

Handeln der Lehrkräfte und (heterogene) Erwartungen der Studierenden

Die Daten zeigen, dass eine größere Gruppe Erwachsene im ZBW eher erwartet, dass die Lehrkräfte Verantwortung für ihren Lernprozess übernehmen und bei der Disziplinierung der Lernenden oder bei der Beurteilung der Leistungen persönliche Umstände berücksichtigen. Diese Erwartungen werden „partikularistisch“ genannt und unterscheiden sie von denen, die Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Leistungserbringung betonen (= universalistisch). Partikularistische Erwartungen sind höher, wenn das Niveau individueller und familiärer Ressourcen

geringer ist und bei Studierenden mit Migrationshintergrund. Je höher sie sind, und je weniger die Lehrkräfte darauf eingehen, desto stärker sinkt die Schulfreude und umso häufiger sind Absenzen.

Handlungsprobleme der Lehrkräfte

In Interviews mit 27 Lehrkräften wurde der Umgang mit konkreten Situationen rekonstruiert: Notengebung und Zuspätkommen. Das führte zur Einsicht, dass alle Lehrkräfte - mit einer Ausnahme – universalistische und partikularistische Kriterien anwendeten. Das heißt, sie handelten nicht jenseits der gültigen Regeln, passten diese aber auch den Bedürfnislagen an, die sie den Studierenden unterstellten. Die Betonung und Mischung der beiden Handlungsprinzipien unterschieden sich dabei, weniger zwischen den beiden Schulen als vor allem zwischen den einzelnen Lehrkräften.

Vier Typen von Lebensplänen, die die Studierenden entwerfen, zeichnen sich ab: Die auf Positionierung und strukturelle Mobilität ausgerichteten Typen „Aufstiegsorientierung“ und „Last-Chance“ können von den stärker selbstorientierten und Möglichkeiten auslotenden Typen „Choice-Biographies“ und „Selbstprojekt“ unterschieden werden. In diesen kommt dem ZBW kurz- und längerfristig eine andere Bedeutung zu.

Die Unterschiedlichkeit der Studierenden im Schulalltag

In Diskussionen der Fokusgruppen wurde ein weiteres Dilemma erkannt, mit dem es Kollegs angesichts der Heterogenität ihrer Studierenden zu tun haben: Es offenbarte sich eine starke Abgrenzung von Studierendengruppen untereinander: Die eine Gruppe von Studierenden, die sich als „Erwachsene“ definierte, grenzte sich von den anderen Studierenden ab, welche sie als „kindisch“ und störend abwertete. Gleichzeitig kritisierte die Gruppe der „erwachsenen“ Studierenden aber auch die Schule, sie hatte andere Anforderungen an die Lehrkräfte: Sie sollten zügig voranschreiten und einfach (nur) gut unterrichten, persönliche Aufmerksamkeit und Entgegenkommen seien unerwünscht.

Durchgängig zeigte sich, dass dieser Institutionentyp geradezu gegensätzlichen Erwartungen seitens der Studierenden ausgesetzt ist. Auch wenn die Lehrkräfte diesem Widerspruch in ihrem Handeln begegnen, reicht dies nicht aus, um Studierende mit hohen partikularistischen Ansprüchen in ein engagiertes, leistungsgerechtes Studierverhalten einzubinden. Die Ergebnisse dieses Projektes werden dazu genutzt, institutionelle Lösungen zu suchen und so diesen Bildungsweg noch besser zu gestalten.



	BODYRULES - Organisationsregeln zum Umgang mit dem Körper im Spannungsfeld von Organisation und Zuwanderung
	Universität Potsdam (Professur für Organisations- und Verwaltungssoziologie) Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung Charité-Universitätsmedizin Berlin, Institut für Medizinische Soziologie und Rehabilitationswissenschaft
	Prof. Dr. Maja Apelt, Prof. Dr. Ines Michalowski, Prof. Dr. Liane Schenk
	01.04.2018 - 31.12.2020
	https://www.wzb.eu/de/forschung/migration-und-diversitaet/migration-integration-transnationalisierung/projekte/bodyrules-organisationsregeln-zum-umgang-mit-dem-koerper-im-spannungsfeld-von-organisation-und

Organisationsregeln zum Umgang mit dem Körper im Spannungsfeld von Organisation und Zuwanderung (BODYRULES)

In der deutschen Einwanderungsgesellschaft treffen vielfältige Normen und Werte aufeinander. Während einerseits ein demokratischer Anspruch auf religiöse und kulturelle Gleichberechtigung besteht, sind viele Strukturen historisch christlich-säkular geprägt. Organisationen und deren Umgang mit dem menschlichen Körper sind hierbei ein Kernpunkt religiöser und kultureller Unterschiede. Das Projekt „BODYRULES“ untersucht in drei öffentlichen Organisationstypen, wie der Umgang mit dem menschlichen Körper reguliert wird: Schwimmbäder, Schulen und Krankenhäuser.

Ziel des Projekts ist es, herauszufinden, wie kultur- und religionsensible Themen wie Sexualität, Intimität und Geschlechterverhältnisse innerhalb von und durch Organisationen verhandelt werden. Es wird davon ausgegangen, dass gesellschaftliche Integration nicht nur eine Frage politischer Gesetzgebung ist und daher zwischen Nationalstaaten variiert, sondern dass je nach Organisationstyp und auch zwischen einzelnen Organisationen unterschiedliche Strukturen für kulturellreligiöse Anpassungen bestehen.

Die Forschung entsteht in enger Kooperation mit verschiedenen Praxispartnern und zielt darauf ab, Formen der Anpassung zu identifizieren, die einerseits möglichst vielen Gruppen soziale Teilhabe ermöglichen und andererseits möglichst wenig Konflikte auslösen.

Schule: Ramadan als Störfaktor?

Die untersuchten Schulen sind vorwiegend durch eine muslimische Schülerschaft und einen niedrigen sozialökonomischen Status der Eltern gekennzeichnet. Ihnen steht eine überwiegend nicht muslimische, nicht migrantische Lehrerschaft gegenüber. Diese sind - z. B. beim Umgang mit dem Ramadan - mit widersprüchlichen Anforderungen konfrontiert, wenn die Ausübung der religiösen Praktiken das Lernen beeinträchtigt. Diese Widersprüche werden in der Regel nicht formal gelöst, sondern durch informale Praktiken. Bei diesen zeigen sich Unterschiede in den Schulen: So wird der Ramadan in einem Fall vor allem als Störfaktor des Unterrichts und das Fasten als Widerstand gegen die Schule interpretiert. In einem anderen Fall versuchen Lehrkräfte ihre Schüler*innen positiv anzusprechen und im Ramadan zu unterstützen, sie sprechen eher über Gesundheitsrisiken des Fastens. Die Unterschiede zwischen den Schulen scheinen im Zusammenhang mit den jeweiligen Zielorientierungen der Schulen zu stehen.

Schwimmbad: Burkinis erlauben?

Schwimmbäder werden mit Forderungen nach Burkini-Erlaubnis und separaten Schwimmzeiten für Frauen konfrontiert. Die Einstellung von Nutzer*innen und Personal gegenüber diesen Praktiken variieren jedoch, was zu Konflikten führt. So ste-

hen beispielsweise sowohl Beschwerden über den Burkini als auch organisationale Burkiniverbote mit den Wahlerfolgen einzelner Parteien in der Region in einem Zusammenhang. Werden Anpassungen für eine Gruppe getroffen (z .B. die Einrichtung eines Frauenschwimmens), so bedingt dies leicht Forderungen weiterer Gruppen. Die Bäder haben Strategien entwickelt, um diese Konflikte zu bearbeiten und die Organisationsdienstleistung einer breiten Öffentlichkeit anzubieten. In wechselseitigem Austausch mit den Nutzer*innen entwerfen die Bäder Regulierungspraktiken, die einerseits einen Anpassungsdruck auf Burkiniträgerinnen ausüben und Nutzergruppen separieren, indem der Burkini beispielsweise ausschließlich im Nichtschwimmerbecken zugelassen ist. Andererseits ermöglichen Bäder individuelle und gruppenspezifische religiöse Körperpraktiken, indem das Personal als Vermittlerin zwischen Nutzer*innen auftritt, Persönlichkeitsrechte gleichberechtigt schützt und einen geschützten Raum für die Teilnahme an Freizeitaktivitäten schafft.

Krankenhaus: Kommunikation als Trumpf

Körperbezogene Regeln im Krankenhaus, die bei der Versorgung von migrantischen Patient*innen als relevant thematisiert werden, betreffen Ess- und Kleidungsgewohnheiten, das Bedürfnis nach gleichgeschlechtlicher Versorgung, Aufenthalt und therapeutisch-pflegerische Einbeziehung von Angehörigen auf Station sowie die affektive Ebene. Kulturelle Vielfalt äußert sich auch in verschiedenen Varianten des Schmerzempfindens sowie des Erlebens von Scham, Angst oder Wut. Unterschiede zwischen den Kliniken zeigen sich bei der Kommunikation und Durchführung medizinisch-pflegerischer Maßnahmen. Je intimer die körperlichen Eingriffe ausfallen, desto bedeutender wird eine gelingende Kommunikation hierüber. Krankenhäuser müssen daher für eine angemessene Bearbeitung kultureller Differenzen im Versorgungsalltag nicht nur Dolmetscherdienste bereitstellen und die kulturellen Kompetenzen ihres Klinikpersonals stärken, sondern auf Arbeitsebene auch psychosomatische Versorgungskonzepte befördern und hierfür ausreichende personale Ressourcen bereitstellen.



Titel (Verbund-)Projekt:	Diversität und Wandel der Erziehung in Migrantenfamilien (DIWAN)
Beteiligte Einrichtungen:	Deutsches Jugendinstitut e.V. Universität Hamburg
Projektleitung:	Prof. Dr. Sabine Walper, Deutsches Jugendinstitut e.V., Prof. Dr. Ingrid Gogolin, Universität Hamburg In Kooperation mit Prof. Dr. Bernhard Nauck, Universität Hamburg
Laufzeit:	01.02.2018 – 31.01.2021
Weitere Informationen:	www.dji.de/diwa



Diversität und Wandel der Erziehung in Migrantenfamilien (DIWAN)

Inwiefern ändert sich die Erziehung innerhalb von Migrantenfamilien? Dieser Frage stellt sich das Forschungsprojekt DIWAN. Es analysiert den kulturellen Wandel und die migrationsbedingte Diversität von Erziehung und familialer Sprachbildung in Deutschland. Betrachtet wird der Zeitraum seit den 1980er Jahren bis in die 2010er Jahre.

Wandel der Erziehung in Migrantenfamilien in Deutschland

Daten aus den Jahren von 1984 und 2019 wurden für eine übergreifende Analyse genutzt: Sie basiert auf 8.670 Müttern und Vätern mit einer Herkunft aus der Türkei, Russland, Italien und Griechenland sowie Ostasien. Die Befunde zeigen, dass die Herkunftsgruppen sich hinsichtlich der selbst wahrgenommenen Erziehungsstile nicht (kulturell angepasst) angleichen und auch die Unterschiede zwischen Vätern und Müttern erhalten bleiben. Eine Verfestigung des Aufenthaltsstatus der Herkunftsgruppen (Anteile mit Duldung und Neutralisierung) geht mit einer Abnahme aggressiver Spannungen in den Eltern-Kind-Beziehungen und der Festigung eines durch enge emotionale Bindungen charakterisierten Erziehungsstils auf hohem Niveau einher.

Erziehungsstile in verschiedenen Zuwanderungsgruppen

Anhand der DJI-Surveys „AID:A“ ließen sich sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede zwischen Familien mit und ohne Migrationserfahrung ausmachen, wobei

sich auch das Herkunftsland als bedeutsam erwies. Die AID:A Erhebung 2014 erbrachte keine Unterschiede in der emotionalen Wärme gegenüber Kindern, aber eine geringere Kontrolle/Bestrafung und sogar höhere Partizipation der Kinder von Eltern mit Migrationshintergrund. Während AID:A 2019 die geringere Kontrolle/Bestrafung bestätigte, zeigte sich hier eine geringere Partizipation der Kinder an sie betreffenden Entscheidungen der Eltern, insbesondere in neuen Zuwanderungsgruppen aus dem Nahen und Mittleren Osten. In ihren Sozialisationszielen legen Migrantenfamilien mehr Wert auf positives Sozialverhalten und Leistungsbereitschaft als Eltern ohne Migrationshintergrund.

Wandel der Elternbildung und Erziehungsberatung für Migrantenfamilien

Anhand von Experteninterviews sowie verschiedenen Dokumenten – darunter Elternbriefen, Zeitschriften und Curricula der Elternbildung und -beratung – wurde herausgearbeitet, wie sich seit den 1980er Jahren Leitbilder der Erziehung mit Blick auf Migrantenfamilien verändert haben. Es zeigt sich, dass Aspekte kindzentrierter Erziehung wie elterliche Wärme, Unterstützung der Autonomie und gewaltfreie Erziehung in Migrantenfamilien nicht gleichermaßen als gegeben vorausgesetzt werden wie in deutschen Familien. Im Zeitverlauf ist allerdings eine zunehmende Hervorhebung von Diversität der Migrantenfamilien beobachtbar, sowohl bezüglich der Herkunftsländer, ihrer Familienformen, als auch in der Ausgestaltung von Elternschaft. Welche Zugänge und

Ansätze im Umgang mit heterogenen Zielgruppen besonders erfolgreich sind, wurde anhand von Gruppendiskussionen mit Eltern unterschiedlicher Herkunft untersucht und durch eine Online-Befragung von ca. 1.200 Fachkräften zu den Herausforderungen und Erfolgen migrationssensibler Familienbildung ergänzt.

Wandel der Beratung zur sprachlichen Erziehung in Migrantenfamilien

Die Analyse des Wandels der Beratung zur sprachlichen Erziehung in Migrantenfamilien beruht vor allem auf der Analyse von Dokumenten aus der Elternberatung. Zusätzlich wurden Expert(inn)engespräche und einige Gruppeninterviews mit Eltern geführt. Im Ergebnis steht, dass Konzepte wie das in den 1980er Jahren noch drängende Rückkehrmodell der Migration und damit begründete Vorstellungen zur Spracherziehung inzwischen aufgegeben wurden. Zudem veränderten sich Perspektiven auf sprachliche Erziehung und Praxis: Während in den frühen Dokumenten oft von Gefähr-

dungen oder Risiken die Rede ist, werden inzwischen eher Ermutigungen und Chancen thematisiert, die mit der Zwei- oder Mehrsprachigkeit in Migrantenfamilien verbunden sind. Dennoch ist in Bezug auf Grundvorstellungen zur sprachlichen Erziehung eine hohe Stabilität zu verzeichnen. Die Komplexität der Mehrsprachigkeit kommt kaum zur Sprache. Damit verbundene Herausforderungen für die Familien – etwa zur Frage der Schriftförderung in der Mehrsprachigkeit – werden wenig angesprochen.

Migrationssensible Elternbildung und -beratung

Wie eine migrationssensible Zusammenarbeit mit Eltern gelingen kann, wurde in Zusammenarbeit mit Praxispartnern anhand von konkreten Handlungsempfehlungen herausgearbeitet. Zentrale Punkte betreffen eine ressourcenorientierte Ansprache, die verbesserte Erreichbarkeit von Eltern aus zugewanderten Familien und eine zielgruppensensible Vermittlung von rechtlichem Wissen (Kinderrechte, Recht auf gewaltfreie Erziehung).



Titel (Verbund-)Projekt:	Geschichten in Bewegung: Erinnerungspraktiken, Geschichtskulturen und historisches Lernen in der deutschen Migrationsgesellschaft (HiLMiG)
Beteiligte Einrichtungen:	Stiftung Universität Hildesheim, Freie Universität Berlin, Universität Paderborn, Georg-Eckert-Institut – Leibniz Institut für internationale Schulbuchforschung, Braunschweig
Projektleitung:	Prof. Dr. Viola Georgi, Prof. Dr. Martin Lücke, Prof. Dr. Johannes Meyer-Hamme, Prof. Dr. Riem Spielhaus
Laufzeit:	01.03.2018 – 31.08.2021
Weitere Informationen:	https://geschichten-in-bewegung.hosting.uni-hildesheim.de/

Erinnerungspraktiken, Geschichtskulturen und historisches Lernen in der deutschen Migrationsgesellschaft (HiLMiG)

In diesem Verbundprojekt werden Wandel und Kontinuitäten in Erinnerungspraktiken, Geschichtskulturen und historischem Lernen in der deutschen Migrationsgesellschaft in vier Teilprojekten untersucht. Teilprojekt I (Stiftung Universität Hildesheim) beschäftigt sich mit der Perspektive von Geschichtslehrkräften. Teilprojekt II (Freie Universität Berlin) setzt sich mit dem historischen Lernen in Gedenkstätten und Museen auseinander. Im Teilprojekt III (Universität Paderborn) geht es um non-formale historische Bildung und Teilprojekt IV (Georg-Eckert-Institut, Braunschweig) richtet den Blick auf Bildungsmedien und führt Schulbuchanalysen durch. In allen Teilprojekten wurden Interviews geführt, wodurch sich ein umfassender Eindruck geschichtskulturellen Wandels in der deutschen Migrationsgesellschaft ergibt.

Zu Geschichtsbewusstsein und historischem Lernen in der Migrationsgesellschaft liegen bisher wenige empirische Untersuchungen vor. Dies gilt insbesondere für non-formale historische Bildungsangebote wie auch für die Perspektiven migrantisierter Personen. Aber auch in der Forschung zu Schulen, Museen, Gedenkstätten und Bildungsmedien gibt es empirische Leerstellen zum Umgang von Akteur*innen mit der Diversifizierung von Geschichtsnarrativen in der Migrationsgesellschaft. Deshalb untersucht der Verbund, wie Angebote historischer Bildung aus der Akteur*innenperspektive auf die Pluralisierung historischer Sinnbildung angesichts von Migration und Vielfalt reagieren.

Das Projekt strebt an, den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis zu fördern und berücksichtigt die Erfahrungen und das Wissen von Bildungspraktiker*innen. Mit der Forschung wird den Wissensbedarfen der Praxis

entsprochen, weshalb es eine enge Zusammenarbeit mit Praxispartner*innen aus den Handlungsfeldern gibt.

Wandel in der Geschichtskultur als Herausforderung und Chance

Lehrkräfte sehen sich angesichts geschichtskultureller Wandlungsprozesse in der Verantwortung, auf diese konzeptionell und pädagogisch zu reagieren. Sie reflektieren dabei die Begleitung geschichtskulturellen Wandels als Herausforderung innerhalb der Rahmenbedingungen von Schule und Unterricht (Lehrplan, Prüfungen, Zeitmangel). Teilweise wird versucht, Raum für Perspektiven- und Themenvielfalt zu schaffen, um der Heterogenität im Klassenzimmer gerecht zu werden, etwa indem Migrationsgeschichten thematisiert werden.

Die Wahrnehmung geschichtskulturellen Wandels und die damit einhergehende Pluralisierung historischer Sinnbildung stellt für viele Akteur*innen aus Museen und Gedenkstätten eine Chance dar, Perspektivenvielfalt in den eigenen Deutungen von Geschichte zu berücksichtigen. Mehr noch gerät aber in den Blick, dass geschichtskulturelle Aushandlungsprozesse von Machtstrukturen geprägt sind, die sich auch in den eigenen Institutionen manifestieren und reproduzieren. Viele Akteur*innen reflektieren, wie sie innerhalb dieser Strukturen agieren und zugleich versuchen, auf deren Abbau oder Wandel hinzuwirken.

In non-formalen historischen Bildungsprojekten werden Deutungen und Orientierungsbedürfnisse sichtbar, die in den formalisierten Bildungsbereichen kaum öffentlich

zur Sprache kommen. Solche Projekte reagieren zum Teil auf die Pluralisierung historischer Sinnbildungsangebote, zum Teil sind sie es selbst, die diesen Wandel mit beeinflussen oder anstoßen. Es zeigt sich eine große Bandbreite zwischen aktivem Gestalten von Wandel und Ignorieren desselben in den Bildungsangeboten.

Produzent*innen von Bildungsmedien sehen angesichts des geschichtskulturellen und medialen Wandels sowie spezifischer institutioneller Zwänge sowohl neue Herausforderungen als auch Möglichkeiten, Bildungsmedien inklusiver zu gestalten. Insbesondere reagiert die Schulbuchproduktion mit Multiperspektivität, vernetzungsgeschichtlichen Lesarten, didaktischer Binnendifferenzierung sowie Sprachsensibilität. Dies sind Ansätze, mit denen die Schulbuchproduktion den veränderten Bedürfnissen der Schüler*innen begegnet.

Innovative didaktische Konzepte und Lernmaterialien entwickeln

Als Gegenpol zum erstarkenden Nationalismus stellt das Verbundprojekt bewusst die Pluralität von Geschichts-

erzählungen in den Mittelpunkt und nimmt gesellschaftliche Aushandlungsprozesse über Geschichtsnarrative unter die wissenschaftliche Lupe.

Durch den empirischen Zugriff, der im Verlauf der Forschung immer wieder Praktiker*innen in den Forschungsprozess einbezieht, entsteht ein Reflexionsraum über gegenwärtige Herausforderungen, Handlungsspielräume und die eigene Praxis im Kontext dieses Wandels. In diesem Raum werden gemeinsam innovative didaktische Konzepte und Lernmaterialien für den Geschichtsunterricht entwickelt und auf der Plattform www.zwischentoene.info veröffentlicht. Die Materialien greifen Fragen auf, die in Schulbüchern unterrepräsentiert sind und bieten neue, verflechtungsgeschichtliche Perspektiven an. Damit gehen sie auf die zunehmend diverse Gesellschaft ein und animieren Schüler*innen zu einem inklusiven, weltoffenen historischen Lernen.



Titel (Verbund-)Projekt:	InBewegung - Transformationsprozesse von Sportorganisationen in der Migrationsgesellschaft
Beteiligte Einrichtungen:	Goethe-Universität Frankfurt am Main und als Kooperationspartner Der Sportkreis Frankfurt am Main e.V.
Projektleitung:	Prof. Dr. Michael Fingerle, Prof. Dr. Christopher Heim, Prof. Dr. Christiane Hof, Prof. Dr. Britta Hoffarth, PD Dr. Mandy Röder & PD Dr. Jan Haut
Laufzeit:	01.02.2019 – 30.04.2021
Weitere Informationen:	Webseite: https://www.uni-frankfurt.de/55959526/InBewegung Mailkontakt unter: grumm@em.uni-frankfurt.de

Transformationsprozesse von Sportorganisationen in der Migrationsgesellschaft (InBewegung)

Der Titel „InBewegung“ beschreibt drei Phänomene: Das individuelle Sporttreiben innerhalb oder außerhalb von Sportvereinen, das sich verändernde Erleben des sozialen Miteinanders im Sport und die etwaigen Veränderungen von Sportvereinen angesichts einer heterogenen Klientel. Die Studie erkundet, welche Ressourcen, Erwartungen und Praktiken in Frankfurter Sportorganisationen zum Einsatz kommen, um mit den Herausforderungen, die durch eine Zunahme von sprachlicher oder kultureller Vielfalt entstehen, umzugehen. Dazu werden die Erwartungen und Sichtweisen von Sporttreibenden aktiv in die Forschung einbezogen. Gemeinsam mit dem Sportkreis Frankfurt e.V. werden Empfehlungen für eine zukünftige Praxis im Umgang mit kultureller Vielfalt entwickelt.

Integration zwischen Alltagspraktiken und Strategiekonzepten

Gestartet wurde mit der Annahme, dass Sportvereine in Deutschland bei der Integration von Menschen mit unterschiedlichsten kulturellen Hintergründen eine wichtige Rolle spielen, insbesondere dadurch, dass Vereine nicht nur sportliche Interessen bedienen, sondern auch soziale Kontaktmöglichkeiten eröffnen.

Eine Frage war und ist, inwieweit diese Potenziale ausgeschöpft werden und welche organisatorischen Rahmenbedingungen hierfür nötig sind. So zeigte eine Auswertung der Homepages der insgesamt 415 Frankfurter Sportvereine, dass dort nur etwa 12 Prozent der Vereine das Thema Integration aufgreifen. Explizite Angebote und Maßnahmen werden von noch weniger Vereinen durchgeführt. Dies kann einerseits bedeuten, dass kein Bedarf

an expliziten oder formalen Maßnahmen besteht oder eben nur wenige Vereine die notwendigen Ressourcen zur Realisierung gezielter Maßnahmen besitzen.

Auch eine Onlinebefragung von Vereinsvorständen und -mitgliedern zeigte, dass das Thema Umgang mit kultureller Vielfalt nur eine von vielen Heterogenitätsdimensionen darstellt, die Vereine durch die bereitgestellten Angebote bedienen. Interessant war auch, dass nur 11 von insgesamt 80 befragten Mitgliedern von Vereinsvorständen angaben, konkrete Integrationsmaßnahmen im Verein für notwendig zu halten. Als Begründung wurde vielfach die Überzeugung geäußert, dass die Möglichkeit zur Teilnahme an sportlichen Aktivitäten allen Personen unabhängig von bestimmten Merkmalen offensteht.

Mit Hilfe von explorativen Interviews wurde der Frage nach der Veränderung in den Vereinen unter den Bedingungen wachsender Heterogenität nachgegangen. Diesbezüglich zeigen die Ergebnisse ein breites Spektrum an Sichtweisen auf die „Integrationsaufgaben“ der Sportvereine und entsprechende Bearbeitungsstrategien. Es konnten verschiedene Anerkennungs-, Integrations-, Fürsorge-, Organisations-, Transformations- und Konfliktlösungspraxen identifiziert werden. Diese bilden den Ausgangspunkt, um – gemeinsam mit den Vereinen – die Formen des Umgangs mit kultureller Vielfalt weiterzuentwickeln.

Die Analysen der ethnografischen Beobachtungen verweisen auf die konkreten Herausforderungen, die sich auf der Interaktionsebene im sportlichen Alltag ergeben. Hier wurden insbesondere die Verbindung von Anerkennung und Leistung, aber auch Begeiste-

rungsfähigkeit und Loyalität für die Gemeinschaftsbildung im Verein deutlich. Weiter zeigt sich, dass die Interaktionen im Sport auf kulturellem Wissen über bestimmte Ein- und Ausschlusslogiken basieren, das bei neuen Mitgliedern nicht vorausgesetzt werden kann, sondern erst angeeignet werden muss. Diese Prozesse brauchen sensible Begleitung durch die Verantwortlichen in Sportvereinen.

Beteiligung, um Integration zu fördern

Die Ergebnisse des Projektes InBewegung lassen die Schlussfolgerung zu, dass eine Beteiligung heterogener Gruppen an sportlichen Angeboten kein Automatismus ist. Manche Vereine setzen daher auf die Entwicklung zielgruppenspezifischer Angebote, was jedoch für man-

che Vereine organisatorisch nicht realisierbar ist. Zudem erscheinen vielen Vereinen spezifische Integrationsmaßnahmen aber auch gar nicht nötig oder wünschenswert, weil die Einbindung heterogener Gruppen im Vereinsalltag als selbstverständlich gilt. Die entsprechend unterschiedlichen Sichtweisen, Strategien und Ressourcen offenzulegen, die Vereine bislang schon generiert haben, ist ein erster Ertrag des Projekts. Insbesondere zeichnet sich die Relevanz bestimmter Haltungen (Offenheit für Vielfalt, Sensibilität für Barrieren, Neugierde) und spezifischer Praktiken des Umgangs miteinander als förderlich für die Integration neuer Mitglieder und die Bewältigung von Konflikten ab. Solche Praktiken auch auf andere Vereine auszuweiten und hierfür geeignete Maßnahmen, Strukturen und Ressourcen zu identifizieren und auf den Weg zu bringen, bleibt die Aufgabe für die weitere Projektlaufzeit.



Titel (Verbund-)Projekt:	Interkulturelle Räume der Partizipation (INTERPART)
Beteiligte Einrichtungen:	Technische Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung Universität der Künste Berlin, Design Research Lab UP19 Stadtforschung + Beratung GmbH Berlin Zebralog GmbH, Berlin/Bonn Landeshauptstadt Wiesbaden, Stabsstelle Wiesbadener Identität. Engagement. Bürgerbeteiligung. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin, Referat Soziale Stadt
Projektleitung:	Dr.-Ing. Sandra Huning TU Dortmund, Fakultät Raumplanung
Laufzeit:	01.06.2018 – 31.05.2021
Weitere Informationen:	Webseite: www.interpart.org Mail: kontakt@interpart.org



Interkulturelle Räume für die Beteiligung in der Stadtentwicklung (INTERPART)

Beteiligung ist ein zentrales Thema in Stadtplanung und -entwicklung. In einem transdisziplinären Verbund aus Wissenschaft, Verwaltung und Praxis geht INTERPART der Frage nach, wie Teilhabe an Planungsprozessen und stadtpolitischen Entscheidungen für Stadtnutzer*innen mit und ohne Migrationsgeschichte erweitert werden kann und welche Rolle soziale Medien und Online-Dienste spielen können.

Interkulturelle Räume lassen sich dabei unterschiedlich definieren: als geschützte Räume für das Empowerment beteiligungsferner Gruppen (mit und ohne Migrationsgeschichte) oder als barrierefreie Räume der Begegnung und des Brückenschlags. Beide Perspektiven sind nicht widerspruchsfrei miteinander vereinbar, können aber dennoch gleichzeitig zielführend sein, um Beteiligungsprozesse interkulturell zu gestalten: Erstens lässt sich daraus ableiten, dass zielgruppengerechte und nichtdiskriminierende Mobilisierungs-, Informations- und Kommunikationsansätze erforderlich sind. Zweitens bedarf es eines institutionellen Wandels, durch den Beteiligungsprozesse barrierefrei(er) und Zugangshürden beseitigt werden.

Mobilisierung und Ansprache

Viele Bevölkerungsgruppen – unabhängig von ihrer Herkunft – wissen nicht, was Bürgerbeteiligung eigentlich

ist, auch wenn z. B. einige Neuzugewanderte durchaus Erfahrungen aus ihren Herkunftsländern mitbringen. Eine Verankerung des Themas in Integrationskursen bietet sich an. Eine breitere Bevölkerung kann über Informationen an Alltagsorten (Gesundheits- und Nahversorgungseinrichtungen etc.) erreicht werden. Zudem können neue Wege der Öffentlichkeitsarbeit – z. B. mehrsprachig und nonverbal, milieuspezifisch, über soziale Medien bzw. crossmedial, als aufsuchende Beteiligung, mit persönlichen Einladungen, in geschützten Räumen und durch aktives Zuhören – in den Fokus genommen werden.

Eine Aktivierung beteiligungsferner Bevölkerungsgruppen kann durch Online-Dienste und soziale Medien zusätzlich unterstützt werden. In einem nutzer*innen-zentrierten iterativen Prozess entwickelt INTERPART einen Mobile-First-Prototypen für ein browser-basiertes Online-Tool, knüpft dabei an Vorwissen der Stadtnutzer*innen an und bezieht sie als Expert*innen ein. Der Prototyp, der zu Projektende öffentlich zugänglich sein wird, bietet einen niedrigschwelligen Einstieg in Beteiligung und kann unkompliziert auf unterschiedliche Beteiligungsgegenstände angepasst werden. Somit ist er für verschiedenste Einsatzzwecke und Zielgruppen, Verwaltungen sowie auch Organisationen gleichermaßen interessant.

Physische Interaktionen, Personen und Orte des Vertrauens sind jedoch nach wie vor wichtig, um empathische Dialog- und Aushandlungsprozesse zu ermöglichen. Ein großes Potenzial liegt in konsequent crossmedial konzipierten Beteiligungsprozessen, d. h. solchen, die die Vorteile von physischer Kopräsenz und Virtualität sinnvoll verbinden. Eine direktere und auch sinnliche Auseinandersetzung mit relevanten Planungs- und Gestaltungsfragen kann über interaktive Installationen im öffentlichen Raum ebenso befördert werden wie über Erzählräume, in denen Stadtnutzer*innen untereinander sowie mit Wissenschaft und Verwaltung über alltägliche Themen ins Gespräch kommen. Der physisch gestaltete Rahmen spielt dabei eine wichtige Rolle. In der Auseinandersetzung mit digitalen Objekten und Installationen können Fragen von Nutzungen, Bedeutungen und Funktionen von digitalen Schnittstellen konkret erlebt, diskutiert und weiterentwickelt werden.

Institutioneller Wandel

Der zur Schaffung interkultureller Räume erforderliche institutionelle Wandel der Verwaltung ist ein Prozess. Er vollzieht sich nicht auf allen Ebenen gleich

schnell und ist u. a. abhängig von institutionellen Strukturen, Aufgabendefinitionen, Qualifizierung oder auch persönlicher Haltung des Personals. Notwendig sind fachübergreifende und auch Zivilgesellschaft einbeziehende Reflexionsräume, um das Paradoxon zwischen (theoretischer) Relevanz und (praktischem) Anwendungsbezug von Interkultur zu überwinden. Mehr Austausch zwischen Abteilungen macht bereits vorhandene Erfahrungen für andere Bereiche fruchtbar, dafür sind allerdings Übersetzungsleistungen erforderlich. Zudem befördert Transparenz in Entscheidungsprozessen die Motivation der Stadtnutzer*innen, sich zu beteiligen.

Verwaltungskompetenz für Beteiligung kann auch durch gezielte Personalentwicklung unterstützt werden, z. B. indem individuelle Ressourcen wie Netzwerke in die Zivilgesellschaft und Sprachkenntnisse in Stellenausschreibungen stärker gewichtet werden. Gleichzeitig gilt es, systematisch Kapazitäten für Kontaktpflege zu verankern, z. B. bei für Beteiligung oder Integration zuständigen Stellen oder Intermediären. Diese Investition ermöglicht bereits in der „Phase 0“, vor Beginn eines (Beteiligungs-)Projekts, den Dialog mit Bewohner*innen und Migrantenselbstorganisationen.



Titel (Verbund-)Projekt:	JUMEN - Einstellungen junger Männer mit und ohne Zuwanderungsgeschichte zu Gender und LSBTI in einer sich wandelnden, vielfältigen Gesellschaft
Beteiligte Einrichtungen:	Fachhochschule Dortmund Ruhr-Universität Bochum Praxiskooperationspartner*innen: Kinder- und Jugendhilfe FLOW Bottrop Jugendamt der Stadt Lüdenscheid Multikulturelles Forum Lünen e.V. Stadt Dortmund Dietrich-Keuning-Haus SVLS e.V. Diakonisches Werk Kirchenkreis Remscheid-Lennep
Projektleitung:	Prof. Dr. Katja Nowacki (Gesamt/Fachhochschule Dortmund), Prof. Dr. Katja Sabisch (Ruhr-Universität Bochum)
Laufzeit:	01.08.2018 - 31.07.2021
Weitere Informationen:	https://www.fh-dortmund.de/de/fb/8/personen/lehr/nowacki/103020100000172587.php jumen@fh-dortmund.de



Einstellungen junger Männer mit und ohne Zuwanderungsgeschichte zu Gender und LSBTI in einer sich wandelnden, vielfältigen Gesellschaft (JUMEN)

Deutschland als ein zentrales Zuwanderungsland innerhalb der EU hat aufgrund der eigenen Geschichte häufig erfahren, dass Diversität eine Herausforderung darstellen kann. Die Menschen, die in den 1960er Jahren als „Gastarbeiter“ nach Deutschland gekommen sind, prägten dabei ein ethnisch vielfältiges Bild. Während sich die gesellschaftliche Vielfalt in weiten Teilen etablieren konnte, stellen geflüchtete Menschen bislang Außenseiter*innen dar, da die hohe Anzahl der in Deutschland ankommenden Asylsuchenden in den letzten Jahren in Teilen der Gesellschaft Angst vor „Überfremdung“ schürt.

Katalysator für die damit einhergehende Befürchtung, dass westliche Wertesysteme durch diese Migrationsbewegung bedroht seien, erlebten vor allem nach der Kölner Silvesternacht 15/16 ihren Höhepunkt. Die darauf folgende Debatte über junge muslimische Männer zeigt

eindrücklich, dass Sexismus und sexualisierte Gewalt gegen Frauen ethnisiert wird.

Für Deutschland liegen bislang keine systematischen Erhebungen über die Einstellungen von jungen Männern zu Geschlechterordnungen und/oder sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (LSBTI) vor.

Vor diesem Hintergrund hat sich das Verbundprojekt JUMEN zum Ziel gesetzt, mittels eines Mixed-Method-Ansatzes, welcher aus problemzentrierten Interviews sowie einer standardisierten Online-Erhebung besteht, die Gruppe der 14 - 27-jährigen männlichen Jugendlichen und jungen Männern zu befragen. Dabei sollen die Einstellungen und Sichtweisen von männlichen geflüchteten Jugendlichen, türkeistämmigen Jugendlichen ab der 2. Generation sowie deutschen Jugendlichen ohne Zuwanderungsgeschichte erhoben werden.

Praxiskooperationen

Für die Rekrutierung einer möglichst hohen Teilnehmerzahl wurden, neben Bekanntmachungen in Sozialen Medien, Praxispartner*innen aus verschiedenen Bereichen der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe sowie der Kinder- und Jugendarbeit sowohl aus dem Raum Ruhrgebiet als auch aus dem ländlichen Raum gewonnen. Mit den Praxispartner*innen wurde das Untersuchungsdesign zu Beginn diskutiert, um direkt praxisrelevante Fragen berücksichtigen zu können.

Offenheit gegenüber LSBTI-Personen von verschiedenen Faktoren abhängig

In ersten Analysen der 62 qualitativen Interviews zeigt sich grundsätzlich eine Offenheit der befragten jungen Männer mit und ohne Zuwanderungsgeschichte gegenüber der geschlechtlichen Gleichstellung und LSBTI-Personen. Allerdings muss herausgestellt werden, dass die Befragten eine stärkere Ablehnung zeigten, wenn es um die Themen der Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare ging, oder um die Akzeptanz von Trans* und Inter* Personen. Je individueller die Gleichstellung der Geschlechter das persönliche Leben der Probanden betrafen, umso traditioneller war ihre Sichtweise.

Die ersten vorläufigen Ergebnisse der quantitativen Online-Befragung von knapp 1000 jungen Männern fokussieren sich auf die Einstellungen der jungen Männer zu LSBTI Personen. Die Ergebnisse umfassen die Einstellungen zur sogenannten „Ehe für Alle“, dem Adoptionsrecht von homosexuellen Paaren und geschlechtsangleichenden Operationen bei transsexuellen Menschen. Die eigene Religiosität, das Alter, die Zufriedenheit mit dem eigenen Geschlecht, der erlebte Anpassungsdruck und

die Bindung sowohl zur Mutter als auch zu den Peers sagen in ersten Berechnungen die Einstellungen zu den genannten Fragen voraus. Insbesondere die eigene Religiosität hing mit einer kritischen Einstellung zu LSBTI-Personen zusammen, während selbst eingeschätzte höhere Bindungswerte zur Mutter und zu Peers einen positiven Effekt auf die Einstellung hatten. Stabile eigene Partnerschaftserfahrungen hingen tendenziell mit einer offeneren Einstellung zu LSBTI-Personen zusammen und könnten somit die Offenheit für progressivere Lebensformen fördern.

Informationsvermittlung und Aufklärung

Während die Fachhochschule Dortmund hauptsächlich für den Transfer möglicher messbarer Gruppenunterschiede sowie Einflussfaktoren in die Praxis und Öffentlichkeit zuständig ist, übernimmt die Ruhr-Universität Bochum stärker den Transfer der subjektiven Deutungsmuster in die Praxis und Öffentlichkeit. Die Nutzung der Ergebnisse im Rahmen der Ausbildung von Studierenden und dem wissenschaftlichen Nachwuchs wird von beiden Teilprojekten in den jeweiligen Studiengängen eingesetzt.

In zwei Workshops mit den Kooperationspartner*innen aus Forschung und Praxis wurden insbesondere die Bedeutung der Informationsvermittlung und Aufklärung über die Themen Gleichstellung sowie sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Kindes- und Jugendalter hervorgehoben.

Außerdem wurde deutlich, dass eine äquivalente Befragung junger Frauen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte sinnvoll wäre, um einen vollständigeren Blick auf Geschlechterbeziehungen und den Umgang mit LSBTI herauszuarbeiten und Präventionsmaßnahmen breiter aufstellen zu können.

Titel (Verbund-)Projekt:	KultMIX – Kulturproduktion in der Migrationsgesellschaft
Beteiligte Einrichtungen:	Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück (IMIS)
Projektleitung:	Prof. Dr. Andreas Pott, Prof. Dr. Jochen Oltmer, Prof. Dr. Antonie Schmitz
Laufzeit:	01.04.2018 – 31.12.2021
Weitere Informationen:	https://kultmix.org/

Kulturproduktion in der Migrationsgesellschaft (KultMIX)

Wie reagieren Kulturinstitutionen auf den Wandel zu einer Migrationsgesellschaft? Migrationen verschiedener Art haben die deutsche Gesellschaft durch die Jahrhunderte geprägt und immer wieder verändert. Gleichzeitig haben sich Gesellschaft und Politik lange schwer damit getan, diese Veränderungen der demografischen Wirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen mit einem Selbstbild, in dem Heterogenität und Vielfalt bislang wenig Platz finden.

Eine wesentliche Rolle in der Konstruktion und Diskussion von Selbstbildern und Narrativen obliegt der Kulturproduktion in ihren verschiedenen Ausdrucksformen. Das Forschungsprojekt KultMIX beschäftigt sich daher mit der Frage, inwiefern sich die gesellschaftlichen Veränderungen durch Migration in der Arbeit von Kulturinstitutionen und der Kulturpolitik widerspiegeln: Welche Positionen und Konzepte zur Migrationsgesellschaft formulieren und diskutieren sie? Wie zeigt sich das in den Programmen, aber auch bei den Kulturschaffenden selbst? Im Fokus stehen hier – exemplarisch – Theater, Museen und die freie Kulturszene. Sie unterscheiden sich durch die Form der Institutionalisierung und öffentlichen Förderung und in ihrer „Zugänglichkeit“ in Bezug auf Personal und Publikum, aber auch in ihren Möglichkeiten, auf aktuelle Veränderungen und Debatten zu reagieren. Hinzukommen als vierter Bereich Kulturpolitik und Kulturverwaltung, welche die Rahmenbedingungen der Kulturproduktion setzen, aber auch inhaltliche Schwerpunkte aktiv mitgestalten. Die Untersuchung wird an vier Standorten in Deutschland durchgeführt, die für unterschiedliche Einwohnerzahlen und regionale Verortungen stehen: Hamburg, Dresden, Sindelfingen und Osnabrück.

Enge Verzahnung von Wissenschaft und Praxis

Anhand ethnographischer Feldforschungen in Kombination mit Interviews, Archivarbeit und Medienanalysen an jedem Standort werden die lokalen Bedingungen und

Narrative untersucht, die Einfluss auf den Umgang mit Migration haben. Ein zentraler Bestandteil des Projekts ist der unmittelbare Praxisbezug: Museen, Theater, Kulturämter und andere Akteur*innen dienen als Praxispartner und erlauben einen kontinuierlichen Austausch auf verschiedenen Ebenen. Ziel der Kooperationen ist es, durch eine enge Verzahnung von wissenschaftlichen Analysen mit der Praxis ausgewählter Kulturinstitutionen mögliche Transformationen zu erkennen und anzustoßen. Es geht darum, relevante Themen aus der Praxis aufzugreifen und gemeinsam mit den Praxispartnern zu bearbeiten. So entstand z. B. am Standort Osnabrück ein gemeinsamer Prozess mit dem Museumsquartier unter Einbeziehung von Studierenden des Masterstudiengangs Internationale Migration und Interkulturelle Beziehungen (IMIB) der Universität Osnabrück. In Hamburg wird in engem Austausch mit drei Schauspielschulen der Zugang zum Beruf Schauspieler*in beforscht und analysiert.

Lokale Reaktion

Ein erstes relevantes Ergebnis ergab sich schon aus dem methodischen Zugang: So groß das Interesse im Kulturbereich an den Fragen des Forschungsprojekts war und ist, so gering waren direkte Erfahrungen damit, selbst Objekt ethnographischer Forschung zu werden, und entsprechend gering war die Bereitschaft, die eigenen institutionellen Abläufe und Strukturen für eine solche Forschung zu öffnen. Gleichzeitig zeigten sich große Unterschiede in Bezug auf die Wirkmächtigkeit, aber auch Trägheit von institutionalisierten Strukturen, was Auswirkungen auf die Möglichkeiten für Kooperationen und regelmäßigen Austausch zwischen den Forscher*innen und den Kulturinstitutionen hat.

Im Projekt wurde ebenfalls deutlich, dass sich der gesellschaftliche Wandel vor allem im Zusammenhang mit spezifischen lokalen Entwicklungen untersuchen lässt:

Die Institutionen sehen ihr Wirkungsfeld vorrangig lokal und reagieren auf Entwicklungen, auch wenn sie sich in ähnlicher Form vielerorts finden, meist jeweils in Bezugnahme auf lokale Narrative und Kontexte. Um dies genauer zu verstehen, wurden an den vier Standorten sogenannte master narratives identifiziert, die häufig zur Einordnung gesellschaftlicher Debatten herangezogen werden:

- Dresden als „polarisierte Stadt“ (mit „Migration“ mehr als Katalysator denn als tatsächliches demographisches Problem);
- Osnabrück als „Friedensstadt“ (hinter der die Frage des Umgangs mit Migration nahezu unsichtbar wird);
- Sindelfingen als „internationale Stadt“ (in der die Debatte um „Integration“ an der lokalen demographischen Entwicklung zunehmend vorbeigeht);
- Hamburg als „Tor zur Welt“ (in der die „offene Gesellschaft“ zwar beschworen wird, aber nicht mit institutioneller Öffnung einhergeht).

Die Forschungsergebnisse werden nach Abschluss der Analysen auf lokalen Veranstaltungen einem breiteren Publikum vorgestellt und dienen dazu, Handlungsbedarfe an den unterschiedlichen Kontexten zum Umgang mit den Themen „Migration“ und „Diversität“ jeweils spezifisch herauszustellen und im Austausch mit der Praxis der Kulturproduktion zu diskutieren.



Titel (Verbund-)Projekt:	Migration und Institutionenwandel im deutschen Gesundheitswesen im Feld der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung von Geflüchteten – MIGEP
Beteiligte Einrichtungen:	Universität Bielefeld, Fakultät für Gesundheitswissenschaften – School of Public Health: Prof. Dr. Dr. Thomas Gerlinger FernUniversität in Hagen, Lehrgebiet Politikfeldanalyse und Umweltpolitik: Prof. Dr. Annette Elisabeth Töller und Dr. Renate Reiter Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Lehrstuhl für Sozialrecht und Verwaltungswissenschaft: Prof. Dr. Constanze Janda
Projektleitung:	Prof. Dr. Dr. Thomas Gerlinger (Universität Bielefeld)
Laufzeit:	01.04.2018 – 30.09.2021
Weitere Informationen:	www.migep.de

Migration und Institutionenwandel im deutschen Gesundheitswesen im Feld der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung von Geflüchteten (MIGEP)

Viele Menschen, die auf dem Fluchtweg nach Deutschland gekommen sind, waren vor, während und nach ihrer Flucht traumatisierenden Erlebnissen ausgesetzt. Dazu zählen unter anderem das Erleben von Krieg, Gewalt, Verlust, extremer Armut, Rassismus und Diskriminierung. Laut aktueller Forschung steigt mit der Häufung traumatisierender Erlebnisse die Wahrscheinlichkeit, eine Traumafolgestörung zu entwickeln. Damit zusammenhängende Erkrankungen treten bei geflüchteten Menschen weitaus häufiger auf als bei nichtgeflüchteten Menschen. Allerdings gibt es beim Zugang dieser Zielgruppe zu entsprechender Behandlung vielfältige Defizite, die dazu führen, dass psychisch erkrankte geflüchtete Menschen oftmals gar nicht, verspätet oder unzureichend behandelt werden.

Diese strukturellen Defizite sind insbesondere durch die administrativen und politischen Probleme im Zuge der gestiegenen Asylantragszahlen der Jahre 2015 und 2016 sichtbar geworden. Sie werfen nicht nur Fragen nach der Handlungsfähigkeit von Politik, Verwaltung und Gesellschaft auf, sondern auch nach Möglichkeiten der Institutionalisierung, also der regelhaften Bearbeitung entsprechender Versorgungsbedarfe, deren Bewältigung eine wichtige Voraussetzung für eine gelingende Integration darstellt. Die Frage, wie die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung geflüchteter Menschen in Deutschland überhaupt institutionalisiert ist, wurde bislang jedoch noch nicht systematisch untersucht.

Versorgung psychisch erkrankter geflüchteter Menschen

Das Projekt will Formen, Reichweite und Triebkräfte der Institutionalisierung der spezifischen psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgungsbedarfe von geflüchteten Menschen untersuchen. Ein zentrales Ziel besteht darin, herauszufinden, inwieweit die Versorgung psychisch erkrankter geflüchteter Menschen bereits gewährleistet ist bzw. in welcher Phase des Aufbaus einer regelhaften, institutionalisierten Erfüllung wir uns gegenwärtig befinden. Dabei liegt ein Fokus auf der Frage, inwieweit die gestiegenen Asylantragszahlen seit 2015 und die damit einhergehenden administrativen Probleme zu einem institutionellen Wandel geführt oder beigetragen haben. Ein weiteres zentrales Ziel besteht darin, hemmende und fördernde Faktoren in diesem Prozess der Institutionalisierung zu identifizieren und den damit verbundenen eintretenden oder auch ausbleibenden Institutionenwandel sowie den erreichten Grad der Institutionalisierung zu erklären. Insbesondere die Identifikation fördernder Bedingungen kann helfen, in der Praxis Vorhaben zu einer gelingenden Integration auf den Weg zu bringen oder zu unterstützen.

Zur Untersuchung des Institutionenwandels im Bereich der psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung von geflüchteten Menschen verfolgt MIGEP ein interdisziplinäres Konzept. Dieses beinhaltet gesundheits-, politik- und

rechtswissenschaftliche Forschungsperspektiven. Um diese Perspektiven mit versorgungspraktischen Fragen zu verknüpfen, findet ein regelmäßiger Austausch und ein gemeinsamer Workshop mit anderen in der Förderlinie durchgeführten Projekten zu Gesundheitsthemen (ToP, TONGUE, Bodyrules) statt. Zudem findet ein Austausch mit PartnerInnen aus dem (außer)europäischen Ausland statt. So wurden die bisherigen Ergebnisse des Projekts bereits mit AkteurInnen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft in Großbritannien, Italien, Kanada, Kroatien, Österreich, Schweden und Slowenien diskutiert.

Hürden auf Bundes- und Kommunalebene

Auf Bundesebene sowie in einzelnen Bundesländern existieren projektformige Initiativen zur Verbesserung der Informationen über psychiatrischpsychotherapeutischen Behandlungsbedarf. Es lässt sich ein gesteigertes Bewusstsein für die Problematik attestieren, jedoch nicht eine Institutionalisierung im Sinne einer festen Verankerung in den Handlungsroutinen der Akteure. Persönliches Engagement einzelner Personen ist ein wesentlicher fördernder Faktor für die bisherigen Aktivitäten. Hemmend wirken fehlende materielle Ressourcen, mangelnde Fachkompetenz und Personalausstattung, methodische, räumliche und zeitliche Probleme bei der Datenerhebung, rechtliche Aspekte sowie verstreute Zuständigkeiten bei der Unterbringung und gesundheitlichen Versorgung Geflüchteter.

Ein Zugang zu Leistungen der Gesundheitsförderung und Prävention in Lebenswelten besteht für Geflüchtete meist erst nach längerem Aufenthalt in Deutschland, wenn sie Aufnahmeeinrichtungen i.d.R. schon verlassen haben und für gezielte Maßnahmen in ihrem Alltag kaum noch erreichbar sind. Der Bundesgesetzgeber hat diese Versorgungslücke bisher nicht geschlossen. Stattdessen hat er im Rahmen der Flüchtlingspolitik seit 2015 viele Regelungen getroffen, mit denen die gesundheitlichen Lebensbedingungen für Geflüchtete teils sogar verschlechtert wurden. Gesundheitliche Belange wurden dabei kaum berücksichtigt.

Bei der Untersuchung des Zugangs Geflüchteter zu psychiatrisch-psychotherapeutischer Versorgung wurden im Zusammenhang mit der Implementation der Asylpolitik auf Ebene der Bundesländer und Kommunen vielfältige Hürden identifiziert. So hat die Analyse für unterschiedliche Fallkonstellationen (Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte; Bewilligung von Psychotherapien während der ersten 18 Aufenthaltsmonate in Deutschland) ergeben, dass föderale Vielfalt eine institutionelle Hürde für eine in sich konsistente Regelanwendung in den

entsprechenden Problemkonstellationen (Finanzierung und Zugang zu Versorgung während der ersten Aufenthaltsmonate) darstellt. Die Definition einer bundesweit einheitlichen institutionellen Basis in diesen Bereichen ist bislang nicht zu erwarten. Weiterhin legen die Untersuchungsergebnisse nahe, dass gegenwärtig politischer Diskussionsbedarf in Bezug auf den Umfang der öffentlichen Aufgaben im Zusammenhang der gesundheitlichen Versorgung von geflüchteten Menschen besteht. Dies gilt insbesondere für die Frage des Versorgungsumfanges sowie der Finanzierung von Versorgung in bestehenden spezialisierten Versorgungseinrichtungen (Psychosoziale Zentren) als auch für die Frage der Finanzierung von Sprachmittlung bei der medizinischen Versorgung von Geflüchteten.



Ein Rechtsanspruch auf medizinische Versorgung besteht nur auf Leistungen zur Versorgung akuter Erkrankungen oder von Schmerzzuständen; weitere Leistungen stehen im Ermessen der Träger, sofern sie unerlässlich sind.

Aus rechtswissenschaftlicher Perspektive ergaben die bisherigen Analysen, dass der ohnehin schon eingeschränkte Anspruch auf Gesundheitsversorgung von Schutzsuchenden in den letzten Jahren weiter beschränkt worden ist. So wurde die Frist für den Wechsel vom AsylbLG in das Sozialhilferecht von 15 auf 18 Monate verlängert. Im Falle einer Verletzung von Mitwirkungspflichten im Asylverfahren oder der unerwünschten Weiterwanderung aus einem anderen Staat in die Bundesrepublik entfallen die Ermessensleistungen. Auch führen psychische Erkrankungen nicht ohne Weiteres zu einem Abschiebungsverbot. Die Vermutung, dass einer Abschiebung keine gesundheitlichen Gründe entgegenstehen, kann nur durch Vorlage eines qualifizierten ärztlichen – nicht aber psychologisch-psychotherapeutischen – Attests widerlegt werden. Die Anforderungen daran sind umstritten, was zu erheblicher Rechtsunsicherheit führt.

Titel (Verbund-)Projekt:	Migration, Diversität und institutioneller Wandel in den Ingenieurwissenschaften
Beteiligte Einrichtungen:	Hochschule Fulda Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften
Projektleitung:	Hochschule Fulda Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften Prof. Dr. Carola Bauschke-Urban
Laufzeit:	01.09.2018 – 31.08.2021
Weitere Informationen:	https://miging.de/



Migration, Diversität und institutioneller Wandel in den Ingenieurwissenschaften (MigIng)

Ingenieurwissenschaftliche Fächer werden von internationalen Studierenden intensiv nachgefragt. Sie sind für zugewanderte Studierende besonders attraktiv. An (Fach-)Hochschulen sind rund 47 Prozent der internationalen Studierenden in einem ingenieurwissenschaftlichen Fach immatrikuliert, an Universitäten sind es dagegen 28 Prozent. Allerdings gibt es drastisch hohe Abbrecherzahlen. Fast die Hälfte der internationalen Studierenden scheitert bereits im Bachelorstudium. Das BMBF-Projekt MigIng untersucht dies vor dem Hintergrund des Fachkräftemangel-Diskurses in Deutschland. Die Integration Hochqualifizierter und Studierender in ingenieurwissenschaftliche Studiengänge und in die Arbeitsmärkte ist ein gesellschaftliches Schlüsselthema. Daher setzt sich das Projekt MigIng mit der Frage auseinander, wie internationale Studierende verbesserten Zugang in die Hochschulen und Arbeitsmärkte bekommen können.

Der Blick wird dabei wegen ihrer Praxisnähe, ihrer Verbindungen in den regionalen Wirtschaftsraum und wegen der stärker institutionalisierten Betreuung insbesondere auf die Hochschulen für angewandte Wissenschaften gerichtet. Anhand der Betrachtung individueller ingenieurwissenschaftlicher Bildungsverläufe von zugewanderten Studierenden beschäftigt sich die Forschungsgruppe mit dem Wandel auf institutioneller Ebene. Dabei wird analysiert, welche Dynamiken und Herausforderungen sich dort erkennen lassen. Die Untersuchungen werden exemplarisch anhand von drei Hochschulen für angewandte Wissenschaften in wirtschaftlich dynamischen Regionen durchgeführt.

Internationalisierung begünstigen

Ziel des Vorhabens ist eine wissensgenerierende sowie transferorientierte Forschung in der ingenieurwissenschaftlichen Praxis an Hochschulen für Angewandte Wissenschaften unter den Bedingungen von Migration und Diversität. Das Forschungsprojekt verfolgt das Ziel, individuelle und organisationale Faktoren sowie institutionelle Strukturen und Maßnahmen zu analysieren. Faktoren, die über den Studienerfolg bzw. Misserfolg sowie über die erfolgreiche berufliche Integration in die regionalen Arbeitsmärkte bestimmen, werden herausgearbeitet. Dazu nutzt das Projekt MigIng einen multimethodischen Ansatz. Der analytische Zugriff erfolgt über qualitative und quantitative Datenerhebungen unter Studierenden sowie wissenschaftlichem und Führungspersonal der Hochschulen.

Bislang wurden qualitative Interviews mit Mitgliedern der Hochschulleitungen, der Fachbereichsleitungen, der International Offices, mit Lehrenden sowie Studierenden durchgeführt. Mit Hilfe der Interviews konnten u. a. detaillierte Erkenntnisse über die jeweiligen Internationalisierungsprozesse der untersuchten Hochschulen und Hinweise auf jene Faktoren, die den Verlauf der Internationalisierung begünstigen, gewonnen werden. Die qualitativen Interviews mit zugewanderten Studierenden (einschließlich studierender Geflüchteter) beleuchten Aspekte, die als zentral für den Erfolg internationaler Studierender erachtet werden können.

Die so gewonnenen Erkenntnisse werden in Kooperation mit Praxispartnern helfen, den Übergang vom Studium in den Beruf zu vereinfachen. Dazu wird mit Partnern

an den Hochschulen und externen Partnern, auf den Ebenen der Erhebungen sowie des Praxistransfers, eng zusammengearbeitet. Im Rahmen von Praxisworkshops werden regionale Wirtschaftsakteure proaktiv gewonnen und eng in den Transferprozess einbezogen.

Empfehlungen für die Innovationsfähigkeit deutscher Hochschulen

Im Ergebnis liefert das Projekt MigIng empirisch gestützte Strategien sowie innovative Ideen für Beratungs- und Unterstützungsangebote. Diese werden dann in die Praxis der Hochschulen übermittelt und können dabei auch darüber hinaus Anwendung finden. Neben der Generierung und der Analyse von neuen Erkenntnissen zum Forschungsschwerpunkt ist es zudem vorgesehen, praktische Hinweise zur Gestaltung des institutionellen Wandels im Hinblick auf die zunehmende Zuwanderung internationaler Studierender gemeinsam mit den beteiligten ingenieurwissenschaftlichen Fachbereichen an den Partnerhochschulen auszuformulieren. Konkret werden Handlungsempfehlungen für die Lehr- und Fachbereichspraxis gegeben, die die Innovationsfähigkeit der beteiligten Hochschulen im Hinblick auf die zunehmende Diversität der Studierenden voranbringt und diese mit regionalen Wirtschaftsakteuren vernetzt.



Titel (Verbund-)Projekt:	Migrationsbezogene Konflikte als Herausforderung und Chance für institutionellen Wandel in groß- und kleinstädtischen Kontexten (MigraChance)
Beteiligte Einrichtungen:	Fachhochschule Erfurt Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung WWU Münster
Projektleitung:	Prof. Dr. Katrin Großmann, FHE (Verbundkoordination) Dr. Annegret Haase, UFZ Prof. Dr. Norbert Kersting, WWU
Laufzeit:	01.04.2018 – 30.09.2021
Weitere Informationen:	www.migrachance.de

MIGRACHANCE

Migrationsbezogene Konflikte als Herausforderung und Chance für institutionellen Wandel in groß- und kleinstädtischen Kontexten (MigraChance)

Gesellschaftliche Spannungen und ein Klima zunehmender Polarisierung prägten die Zeit vor Projektbeginn im Jahr 2018. Konflikte und ihr Platz in einer demokratischen Gesellschaft wurden medial, politisch und wissenschaftlich diskutiert. Angeregt durch traditionsreiche soziologische und politikwissenschaftliche Arbeiten, die Konflikte als immanenten Aspekt von Vergesellschaftung und als Motor gesellschaftlichen Wandels betrachten, interessiert sich das Forschungsprojekt dafür, was an dieser Hoffnung auf Konflikte im Kontext der Migrationsgesellschaft für demokratische Institutionen dran ist.

Die drei Fallstudien Leipzig, Bebra und Gelsenkirchen unterscheiden sich nicht nur in ihrer Größe (Klein- und Großstädte) sowie Lage (Ost-West), sondern auch in ihrem institutionellen Setting und ihrer Einwanderungsgeschichte voneinander. Während in Leipzig internationale Zuwanderung erst nach der Wiedervereinigung an Bedeutung gewann, hatten Bebra und Gelsenkirchen zur gleichen Zeit bereits eine lange und kontinuierliche Zuwanderungsgeschichte geschrieben. Trotz aller Unterschiede kommen wir bei der Analyse der migrationsbezogenen Konflikte und ihren Wirkungen auf institutionellen Wandel zu ähnlichen Erkenntnissen.

Komplexe Konfliktkonstellationen und ihre Bedeutung für institutionellen Wandel

Durch die detaillierte Rekonstruktion von vergangenen lokalen Konflikten, in denen Migration im Vordergrund eines Konfliktausbruchs stand, wurde deutlich, dass weder der Migrationsbezug noch die Wirkung auf institutionellen Wandel in irgendeiner Weise eindeutig waren. Vielmehr zeigte sich, dass die Spannungen, die sich im Moment des Konflikts entladen, vielfältige Ursachen haben und sich in einem bestimmten Aufeinandertreffen verschiedener Faktoren über die Zeit entzünden. So kann in Bebra das Konfliktgeschehen um einen aramäischen Kirchenbau nicht ohne den Zusammenbruch der lokalen Ökonomie nach der Wende und die andauernde Stigmatisierung verstanden werden, in Gelsenkirchen die Konflikte um den Integrationsbeirat nicht ohne den Strukturwandel im Ruhrgebiet und in Leipzig die Konflikte um einen Moscheebau nicht ohne die Rolle extrem rechter Gruppierungen in der Stadtgesellschaft.

Der Forschungsgegenstand bewegte sich also während der Projektlaufzeit weg von der Analyse eindeutiger Konfliktgegenstände mit konkret identifizierbaren Ursachen und Wirkungen, hin zu einem fluiden Ver-

ständnis von Konflikten, die weder einen konkreten Anfang noch ein konkretes Ende haben. Lokale Konflikte betrachten wir basierend auf unserer Forschung als komplexe Konstellationen aus strukturellen Pfadabhängigkeiten, kollektiven Emotionen, räumlichen Gegebenheiten, Werten und Haltungen, Akteuren, deren Interessen und Beziehungen sowie überregionalen Diskursen.

Die Untersuchung der Beziehung von Konflikten und institutionellem Wandel zeigt zudem auch eher eine Wechselwirkung als eine gerichtete und eindeutige Wirkung. Einerseits erklärt sich erst im Wechselspiel zwischen Institutionen und der lokalen Konfliktdynamik ein schrittweiser durch Konflikte angeregter institutioneller Wandel. Andererseits können institutionelle Praktiken auch Konflikte mitformen und auslösen. So kann beispielsweise ein Wahlkampf um das Bürgermeisteramt das Zünglein an der Waage sein, dass eine latente Spannung zum manifesten Konflikt wird.

Lernen für die Praxis

Forschungsergebnisse zeigen, dass die Berücksichtigung der Besonderheiten und Spezifika des lokalen Kontextes für die Dynamik und Austragung von Konflikten ausschlaggebend sind. Die Erkenntnis über die Komplexität von Konfliktgeschehen ist nicht nur für

Kommunen, sondern auch für die Praxis der kommunalen Konfliktbearbeitung relevant, wie auch in unserer mehrwöchigen digitalen Veranstaltungsreihe unter Beteiligung von u. a. Stadtverwaltungen, Zivilgesellschaftlichen Initiativen, KonfliktberaterInnen und interdisziplinären KonfliktforscherInnen deutlich wurde.

Die Hoffnung, dass Konflikte per se einen demokratiefördernden institutionellen Wandel begünstigen, können wir jedoch kaum bestätigen. Die Chance für Veränderung besteht unseres Erachtens weniger im Konflikt selbst, sondern in Praktiken, die lokale Pfadabhängigkeiten sowie die Anerkennung von Komplexität durch die lokalen Verantwortungsträger zum Ausgangspunkt haben.

Das Projekt sieht die Notwendigkeit, zum einen mehr über die Spezifika des Lokalen zu verstehen und zum anderen neue Methoden zum Umgang mit Emotionen in aktuellen Konflikten zu entwickeln. Denn eines wird bei der Analyse von Konflikten deutlich: der Versuch, Konflikte durch sach- und vermeintlich vernunftorientierte Dialogformate zu lösen, muss um die Anerkennung der emotionalen Aspekte von Konflikt erweitert werden. Die Bearbeitung kollektiver emotionaler Erfahrungen sowohl von Teilen der Mehrheitsgesellschaft als auch von Minderheiten müssen daher genauso wie sachliche Abwägungen Teil von Konfliktaustragungen werden.



Titel (Verbund-)Projekt:	Migration und Polizei - Auswirkungen der Zuwanderung auf die Organisation und Diversität der deutschen Polizei (MIGRATE)
Beteiligte Einrichtungen:	Deutsche Hochschule der Polizei, Münster (DHPol) Akademie der Polizei Hamburg (AdP) Universität Duisburg-Essen (UDE)
Projektleitung:	Prof. Dr. Dr. Antonio Vera (Projektkoordinator), Deutsche Hochschule der Polizei
Laufzeit:	01.03.2018 – 30.06.2021
Weitere Informationen:	antonio.vera@dhpol.de jan.thews@dhpol.de

Migration und Polizei - Auswirkungen der Zuwanderung auf die Organisation und Diversität der deutschen Polizei (MIGRATE)

Die Polizei hat in der Vergangenheit auf die migrationsbedingten Herausforderungen auf vielfältige Art und Weise reagiert. Im Mittelpunkt standen Bemühungen, Polizeibeamten interkulturelle Kompetenz zu vermitteln und die Diversität der Belegschaft zu erhöhen, indem Beamte mit Migrationshintergrund rekrutiert wurden. Darüber hinaus wurden Organisationsstrukturen und -prozesse angepasst, beispielsweise durch die Einrichtung von Kompetenzzentren für interkulturelle Aufgaben oder die Berücksichtigung interkultureller Aspekte bei der Präventionsarbeit. Eine systematische Bestandsaufnahme und gezielte Weiterentwicklung des damit verbundenen institutionellen Wandels hat allerdings kaum stattgefunden.

Vor diesem Hintergrund analysiert das Projekt MIGRATE die Prozesse institutionellen Wandels, mit denen die Polizei auf die Herausforderungen der Migration reagiert, sowie deren Folgen. Im Mittelpunkt stehen die Organisationsgestaltung der Polizei, ihr Personal- und Diversitätsmanagement, die Bürger-Polizei-Interaktion sowie die Organisationskultur der Polizei, wobei insb. qualitative empirische Methoden eingesetzt werden. Die erforderlichen Daten werden in den Landespolizeien Nordrhein-Westfalens, Baden-Württembergs, Berlins und Hamburgs erhoben. Zudem werden Polizeibeamte, die an der Akademie der Polizei Hamburg sowie an der Deutschen Hochschule der Polizei ein Studium absolvieren, befragt.

MIGRATE möchte Erkenntnisse darüber gewinnen, wie sich die deutsche Polizei als zentrale gesellschaftliche Institution in Reaktion auf Einwanderung verändert hat und weiterhin verändern wird. In empirischen Studien wird untersucht, ob und wie eine interkulturelle Öffnung der Polizei stattfindet, auf welche Art und Weise die Partizipation von Migranten erfolgt und welche organisationalen sowie integrativen Effekte dies hat. Auf diese Weise soll auf eine höhere interkulturelle Kompetenz der Polizei und eine Optimierung ihrer Organisationsstrukturen und Arbeitsprozesse hingewirkt und zugleich zur gesellschaftlichen Integration von Migranten beigetragen werden.

Polizei als Spiegel der Gesellschaft?

Die bisher vorliegenden Ergebnisse deuten darauf hin, dass in der deutschen Polizei die Tendenz besteht, bei organisatorischen Veränderungen die immer gleichen Rezepte bzw. Maßnahmen zu empfehlen. Mit Blick auf das Thema Migration und Polizei wird so z. B. immer wieder empfohlen, dass vor allem Vorgesetzte als Zielgruppe für Fortbildungsmaßnahmen im Bereich „interkulturelle Kompetenz“ angesprochen werden sollten. Veränderungen werden darüber hinaus vor allem durch das Hinzukommen neuen Personals (insb. mit sog. Migrationshintergrund) erwartet.

Die untersuchten Länderpolizeien betreiben seit einigen Jahren einen beachtlichen Aufwand zur Erhöhung der Einstellungszahlen von Bewerbern und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund und erhoffen sich dadurch u. a., Rassismus entgegen wirken zu können. Jedoch geben die erhobenen Daten hier Anlass zur Skepsis. Sie deuten darauf hin, dass die organisationsinterne Betonung der Harmonie und des Wir-Gefühls innerhalb der Polizeiorganisation besonders sensibel macht gegenüber Nichtzugehörigkeit und eine starke Organisationskultur interpersonale und interkulturelle Differenz letztlich amalgamiert bzw. einebnet. Diversität ist zwar offiziell erwünscht und wird auch angestrebt, allerdings bleiben dabei die subkutan wirkenden Homogenitätswünsche tabuisiert.

Die Diversität der Beschäftigten wird in den Polizeibehörden genutzt, aber nicht honoriert. Das zeigt sich insb. am Beispiel von relevanten Sprachkenntnissen. Die Polizei ist darauf angewiesen, dass verschiedene Sprachen eingesetzt werden, aber wenn dies erfolgt, erfahren die entsprechenden Beamten oft Misstrauen seitens ihrer Kollegen. Der Umgang mit einer diversen Bevölkerung

erfolgt oftmals durch die Einteilung dieser Bevölkerung in Kategorien, um an Handlungssicherheit zu gewinnen und die Arbeit zu vereinfachen. Problematisch wird es, wenn diese Kategorien durch unreflektierte Verallgemeinerung von Erfahrungen mit rassistischen Zuschreibungen einhergehen und diese die Arbeit prägen. Häufig verwendete stereotype Begriffe wie „Südländer“ in Bezug auf Täterschaft sind unklar definiert und erhöhen die Gefahr der Pauschalisierung und Vorverurteilung. Interessanterweise können Fortbildungen zu „interkultureller Kompetenz“ solche rassistischen Zuschreibungen sogar verstärken, wenn der Fokus der Fortbildung darauf hinausläuft, möglichst viele Eigenschaften über bestimmte (ethnische) Gruppen zu vermitteln, um (vermeintliche) Handlungssicherheit für den Arbeitsalltag herzustellen.

Es wird oft gesagt, die Polizei sei ein Spiegel der Gesellschaft. Damit soll ausgedrückt werden, dass, wenn in der Bevölkerung rassistische Klassifikationen selbstverständlich sind, dies auch von Polizeibeamten kaum anders zu erwarten sei. Aufgrund der großen Verantwortung der Polizei sollte jedoch erwartet werden, dass die Polizei diesen Diskursen nicht unreflektiert folgt.



Titel (Verbund-)Projekt:	Muslime im Jugendstrafvollzug – Chancen und Herausforderungen für eine gelingende Integration
Beteiligte Einrichtungen:	Institut für Kriminologie Universität Tübingen Zentrum für Islamische Theologie Universität Tübingen Kriminologischer Dienst Baden-Württemberg JVA Adelsheim; JVA Wiesbaden; JVA Heinsberg; JVA Hameln; JVA Schwäbisch Gmünd; JVA Frankfurt IV; JVA Iserlohn; JVA Vechta;
Projektleitung:	apl. Prof. Dr. Tillmann Bartsch; Prof. Dr. Jörg Kinzig;
Laufzeit:	01.02.2018 – 30.06.2021
Weitere Informationen:	https://uni-tuebingen.de/de/176574

Muslime im Jugendstrafvollzug – Chancen und Herausforderungen für eine gelingende Integration

Der Anteil von Muslim/innen unter den Jugendstrafgefangenen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Für den Jugendstrafvollzug, der wie die gesamte deutsche Gesellschaft christlich geprägt ist, ergeben sich so erhebliche Veränderungen und Handlungsbedarfe.

Beispielsweise müssen muslimische Gefangene ihre Religion angemessen praktizieren können und seelsorgerisch betreut werden. Die vorhandenen Erziehungskonzepte und Resozialisierungsangebote des Jugendstrafvollzugs müssen dahin gehend überprüft werden, ob sie den besonderen Lebenslagen muslimischer Gefangener gerecht werden oder ob verstärkt bestimmte Themen wie das Geschlechterrollenverständnis, das Verständnis von Ehre, die Rolle der Familie etc. behandelt werden müssen. Besonderer Handlungsbedarf ergibt sich auch durch die öffentliche Diskussion um die Gefahren einer Radikalisierung von Muslim/innen im (Jugend-)Strafvollzug.

Kooperation von Kriminologie, islamischer Theologie und Jugendstrafvollzug

Durchgeführt wird das Forschungsprojekt in Kooperation des Instituts für Kriminologie der Universität Tübingen mit dem Zentrum für Islamische Theologie Tübingen, dem Kriminologischen Dienst Baden-Württemberg und je vier Anstalten für männliche und weibliche Jugendstrafgefangene in Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Die empirische Basis bilden zum einen Befragungen der Anstaltsleitungen und qualitative Interviews mit verschiedenen Akteur/innen

des Jugendstrafvollzugs, z. B. muslimischen Betreuer/innen, christlichen Seelsorger/innen oder Präventions- und Integrationsbeauftragten. Zum anderen wurden alle Gefangenen in den beteiligten Jugendstrafvollzugsanstalten mit einem standardisierten Fragebogen zu den Themen Glaube, Religion, Seelsorge und Radikalisierung befragt. Ergänzt wurde diese Befragung durch qualitative Interviews und Gruppendiskussionen mit muslimischen Jugendstrafgefangenen unterschiedlicher kultureller Herkunft, Glaubensrichtung, Nationalität und Geschlechtszugehörigkeit.

Religion von großer Bedeutung

41 Prozent der Jugendstrafgefangenen fühlen sich dem Islam zugehörig. Muslimische Gefangene sind damit im Jugendstrafvollzug nicht nur überrepräsentiert, sondern zahlenmäßig auch gleich stark vertreten wie christliche Gefangene. Nur 15% der Befragten sehen sich keiner Religion zugehörig. Auffällig ist, dass Glaube und Religion für die männlichen und weiblichen Jugendstrafgefangenen beider großen Religionen größere Bedeutung haben als für Jugendliche in Freiheit. Wenngleich die breite Mehrheit der befragten Muslim/innen sich durch die strafvollzugsrechtlichen Regelungen nicht in der Ausübung ihrer Religion behindert fühlt, praktiziert nur ein kleiner Teil ihren Glauben im Gefängnis intensiv. Dies geht einher mit großen Wissenslücken über den Islam und seine Glaubenspraktiken. In der Vermittlung dieses Wissens sehen die befragten Jugendlichen auch eine der Hauptaufgaben der im Jugendstrafvollzug tätigen islamischen Betreuer/innen.

Keine Radikalisierung im Jugendstrafvollzug

Entgegen dem in Teilen der Öffentlichkeit vorherrschenden Bild vom „Jugendstrafvollzug als Brutstätte des Dschihadismus“ konnten in den untersuchten Einrichtungen keine Hinweise auf eine religiös begründete Radikalisierung während der Haft gefunden werden. Gleichwohl gibt es in allen Anstalten entsprechende Konzepte zur Prävention und Deradikalisierung für gefährdete oder vor der Haft bereits durch religiösen Extremismus auffällige Jugendliche. Hierbei können die Anstalten auf die Expertise externer staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen zurückgreifen. Trotz der Bedeutung, die Religion und Glaube für die muslimischen Jugendstrafgefangenen haben, wird der Islam bislang kaum für die Resozialisierung der Jugendstrafgefangenen genutzt. Ansatzpunkte hierzu könnten in der Aufarbeitung von Schuld und Unrecht, in Familienkonferenzen oder in einer islamischen Straffälligenhilfe liegen.

Durch die Diskussionen über einen radikalen oder demokratiefeindlichen Islam wurden bisherige Formen der islamischen Gefangenenbetreuung (z. B. durch örtliche DITIB-Moscheevereine) in Frage gestellt und z. T. langjährige Kooperationen aufgekündigt. Die islamische Gefangenenbetreuung befindet sich derzeit in einer Auf- und Umbruchphase, in der verschiedene Konzepte entwickelt und erprobt werden. Hinsichtlich der zeitlichen Präsenz, der Qualifikation und der institutionellen Anbindung der muslimischen Betreuer/innen zeigen sich daher große Unterschiede zwischen den beteiligten Anstalten. Das derzeitige Angebot deckt zumeist nicht den Bedarf an religiöser Betreuung seitens der muslimischen Gefangenen. Im Hinblick auf die zeitliche Präsenz in den Anstalten, die rechtliche Stellung und die Ressourcenausstattung ist die islamische Gefangenenbetreuung deutlich schlechter gestellt als die christliche. Dies ist sicherlich auch ein Grund dafür, dass sich jede/r zweite muslimische Gefangene gegenüber den christlichen Religionsangehörigen als benachteiligt sieht.



Titel (Verbund-)Projekt:	Migration und organisationaler Wandel in Sportvereinen (MoWiS) Analyse, Entwicklung, Implementation und Evaluation von Programmen zur interkulturellen Öffnung
Beteiligte Einrichtungen:	Universität Stuttgart Universität Bielefeld Fachhochschule Bielefeld Landessportverband Baden-Württemberg Württembergischer Landessportbund Landessportbund Nordrhein-Westfalen
Projektleitung:	Prof. Dr. Carmen Borggrefe (Verbundkoordinatorin) Prof. Dr. Klaus Cachay Prof. Dr. Christa Kleindienst-Cachay Prof. Dr. Thomas Altenhöner
Laufzeit:	01.11.2017 – 28.02.2021
Weitere Informationen:	carmen.borggrefe@inspo.uni-stuttgart.de

Migration und organisationaler Wandel in Sportvereinen (MoWiS)

Die Bundesrepublik Deutschland ist bereits seit längerer Zeit ein Einwanderungsland. Ablesen lässt sich dies am Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung, der derzeit bei 23,6 Prozent liegt. Je jünger die Altersgruppe, desto höher ist dieser Anteil: So liegt er bei den unter Fünfjährigen mittlerweile bereits bei 39,1 Prozent.

Die Integration dieser Personen stellt eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung dar, deren Bewältigung für die weitere Entwicklung Deutschlands in sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht von enormer Bedeutung ist. Hierzu können Sportvereine einen wesentlichen Beitrag leisten, stellen diese doch mit ihren ca. 27 Millionen Mitgliedschaften die größte, zumal frei zugängliche Personenvereinigung in Deutschland dar. In dem Maße, in dem es gelingt, Personen mit Migrationshintergrund zum Eintritt in die Sportvereine zu bewegen, darf mit wesentlichen positiven Effekten für deren persönliche sowie für die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland gerechnet werden.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass der organisierte Sport in Deutschland das Thema „Integration“ bereits früh aufgegriffen und in entsprechenden

Programmen verankert hat. So wurde beispielsweise das zentrale Programm „Integration durch Sport“ des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) und der Landessportbünde bereits 1989 ins Leben gerufen und seitdem fortlaufend weiterentwickelt.

Sport zur Integration?

Trotz aller Bemühungen des organisierten Sports zeigt sich jedoch, dass Personen mit Migrationshintergrund in bundesdeutschen Sportvereinen immer noch deutlich unterrepräsentiert sind. Sie verteilen sich zudem ganz unterschiedlich auf die Vereine, was vor allem auf das jeweilige Sportartenangebot zurückzuführen ist. Insgesamt hat aktuell nicht einmal ein Fünftel der Vereine spezifische Maßnahmen der „Integration“ resp. „interkulturellen Öffnung“ ergriffen, d. h. die entsprechenden Programme der Sportverbände erreichen die Vereine bislang in der großen Mehrzahl nicht.

Dieser Sachverhalt ist zum einen aus integrationspolitischer Perspektive problematisch, weil er auf einen segregativ verlaufenden Kontakt von Personen mit und ohne Migrationshintergrund hinweist und deutlich

macht, dass das dem organisierten Sport zugeschriebene Integrationspotenzial bislang nur durch einen kleineren Teil der Sportvereine ausgeschöpft wird. Zum anderen wird durch die geringe Rekrutierung von Personen mit Migrationshintergrund auch der Selbsterhalt vieler Vereine gefährdet. Aufgrund des demografischen Wandels der Gesellschaft, der durch einen Rückgang der Geburtenziffern insgesamt gekennzeichnet ist, steigt der relative Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund. In diesem Maße wird es vielen Vereinen über kurz oder lang kaum noch gelingen, ihren Mitgliederbestand zu erhalten, falls sie sich nicht gegenüber Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund stärker öffnen. Gelingt dies nicht, dürfte mittel- und langfristig der Erhalt einer differenzierten Sportvereinslandschaft, die Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund vielfältige Möglichkeiten des Sporttreibens, aber auch der demokratischen Teilhabe offeriert, in Gefahr sein.

Öffnung der Sportvereine

Die MoWiS-Studie nimmt die Unterrepräsentanz und die unterschiedliche Verteilung von Personen mit Migrationshintergrund auf die bundesdeutschen Sportvereine zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen. Sie fragt erstens nach den organisationsspezifischen Gründen dieser Unterschiede, den strukturellen Voraussetzungen interkultureller Öffnung der Sportvereine sowie den Möglichkeiten und Grenzen der Sportverbände, Einfluss auf interkulturelle Öffnungsprozesse in den Vereinen zu nehmen. Zweitens werden mögliche Integrationseffekte, die durch Prozesse interkultureller Öffnung im Verein bewirkt werden, untersucht, wobei entsprechend der Programme der Sportverbände zwischen einer „Integration in den Sport“, d. h. in soziale Gruppen und Netzwerke des Sportvereins, und einer „Integration durch Sport“ in die Gesellschaft unterschieden wird.

Die Ergebnisse der Analyse von Prozessen der interkulturellen Öffnung und der Integration in Sportvereinen werden auf einer konzeptionellen Ebene genutzt, um Interventions- und Beratungsmaßnahmen zu entwickeln, zu implementieren und zu evaluieren, durch die interkulturelle Öffnungs- und Integrationsprozesse in möglichst vielen Sportvereinen systematisch gefördert werden können.

Kooperation mit Landessportbünden

Auf Basis theoriegeleiteter Analysen und insgesamt 135 qualitativen Experteninterviews mit Vertretern und Vertreterinnen ausgewählter Sportvereine und -verbände sowie Mitgliedern mit Migrationshintergrund werden Erkenntnisse produziert, die

- die Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund am organisierten Sport entlang unterschiedlicher Mechanismen der Inklusion und Exklusion eindeutig erklären,
- die Bedingungen „interkultureller Öffnung“ von Sportvereinen in Abhängigkeit von unterschiedlichen Strukturmerkmalen differenziert nachzeichnen,
- die Rolle der Sportverbände und deren bisherigen Programmen beleuchten und dabei erklären, warum die bisherigen Bemühungen in den Sportvereinen wenig Resonanz erzeugen,
- in differenzierter Weise Auskunft geben über Prozesse der Integration in und durch den Sport.

Die Erkenntnisse werden genutzt, um gemeinsam mit den kooperierenden Landessportbünden und Fachverbänden zukünftig gezielt Prozesse „interkultureller Öffnung“ in Sportvereinen anzuregen.

Titel (Verbund-)Projekt:	Fremde im eigenen Land? Eine Studie über die Veränderbarkeit nationaler Narrative mithilfe Politischer Laboratorien (PoliLab)
Beteiligte Einrichtungen:	Institut für Politikwissenschaft, Universität Leipzig
Projektleitung:	Prof. Dr. Rebecca Pates Dr. Julia Leser
Laufzeit:	01.03.2018 – 31.05.2021
Weitere Informationen:	https://www.politische-laboratorien.de/

Fremde im eigenen Land? Eine Studie über die Veränderbarkeit nationaler Narrative mithilfe Politischer Laboratorien (PoliLab)

Der Sommer im Jahr 2015 kann als Beginn eines andauernden Prozesses gedeutet werden. Verstärkte Migration ging einher mit gesellschaftlichen Wandlungsprozessen, die in Auseinandersetzungen um Zugehörigkeit und Teilhabe mündeten. In diesem Zusammenhang hält sich hartnäckig die Diagnose der gespaltenen Gesellschaft – als gäbe es in Deutschland zwei Gruppen mit entgegengesetzten Meinungen: auf der einen Seite die Migrationsbefürworter, die für eine offene Gesellschaft eintreten, und auf der anderen die Migrationsgegner, die in zunehmenden Migrationsdynamiken die Gefahr einer Überfremdung Deutschlands erkennen. In dieser populären Gesellschaftsdiagnose geht jedoch unter, dass die Debatten um Migration und Zugehörigkeit in Deutschland größtenteils sehr viel differenzierter geführt werden, und dass die gegenseitigen Zuschreibungen zu einem vergifteten sozialen und politischen Klima führen.

Von der Praxis zur Theorie – und wieder zurück

Ziel des Projektes ist, sich mit der Heterogenität und Vielfalt der Meinungen und Perspektiven zu Migration und Zugehörigkeit auseinanderzusetzen, und Ideen zu entwickeln wie Brücken gebaut und Lösungen für das gemeinschaftliche Miteinander entwickelt werden können, um den zum Teil stark emotionalisierten Debatten etwas entgegenzusetzen. Dabei werden drei unterschiedliche, aufeinander folgende Methoden politischer Beratschlagung eingesetzt:

- Bürger/-innenkonsultationen (Phase 1),

- Bürger/-innenversammlungen (Phase 2) und
- Politische Laboratorien (Phase 3).

Der erste Schritt auf dem Weg, über Zugehörigkeitsfragen neu nachzudenken und Narrative des Zusammenlebens in Vielfalt zu entwickeln, besteht darin, sich mit diesen nationalen Narrativen über das Deutschsein und die Diversität auseinanderzusetzen, sich die Funktionen dieser Narrative bewusst zu machen und Räume zu bilden, diese hinterfragen zu können. So zeichnete das Projekt in mehr als 150 Bürger/-innenkonsultationen die verschiedenen Logiken auf, in denen die Zugehörigkeit zur deutschen Nation und damit der Ein- und Ausschluss in bzw. aus diese verhandelt wird.

In der Auseinandersetzung mit diesen Narrativen wurde deutlich, dass es sich erstens um normative Einheitsvorstellungen handelt, die der tatsächlichen Heterogenität der deutschen Bevölkerung nicht gerecht werden können; dass es sich zweitens um eindimensionale Sichtweisen handelt, die andere Sichtweisen und Lebensrealitäten ausblenden, nivellieren und unsichtbar machen; und dass drittens jedes Narrativ eine partielle Perspektive darstellt und keine gesamtgesellschaftliche.

Den ersten Ergebnissen folgend, wurde das Videoprojekt „Stimmen zur Nation“ begonnen, um einerseits die Emotionalität aus dem Diskurs zu tragen. Andererseits um eine Projektionsfläche bestimmter Ideen und Vorstellungen zu schaffen, die das Sprechen über ein gemeinsames nationales „Wir“ erleichtern würde und dabei die Themenschwerpunkte „Deutsch-Sein“ und „Deutsch-Werden“ gezielt abfragte. Aus der Vielzahl

der Antworten entstand ein Kaleidoskop an Sichtweisen, das mit jedem neuen Gesicht stetig anwächst und ein neues „Wir“ erzeugt.

Darauf aufbauend wurde das neue Format der Bürger-/innenversammlungen entwickelt, das in Zusammenarbeit mit lokalen Vereinen, Initiativen vor Ort und weiteren Partner*innen wie z. B. der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung durchgeführt wurde. Ziel war es, Menschen mit unterschiedlichen Einstellungen, sozialen wie kulturellen Hintergründen und Bedürfnissen an einen Tisch zu bringen und sich gemeinsam Fragen zur Zugehörigkeit oder einem gemeinsamen „Wir“ zu stellen.

Eine lebhafte Demokratie zeugt von einer lebhaften Nation

Das Aushalten von Konflikten und Widersprüchlichkeiten kann dabei ein Umgang damit sein, Pluralität zu leben. Der Wunsch nach Harmonie und Konsens ist im Kern ein antipluralistischer – möglicherweise braucht es keine Einheitsfiktion, kein singuläres Narrativ. Ein Zusammenleben von vielen bedeutet auch immer die Zumutung und Anmaßung, zu akzeptieren, dass die Gesellschaft nur im Plural existiert. Konflikte gehören unweigerlich zur Praxis einer pluralen Demokratie dazu – im Umkehrschluss sollte eine gute demokratische Praxis diese Konflikte befördern.

Das Projekt lädt dazu ein, sich an diesem Diskurs zu beteiligen. So ist es beispielsweise möglich, die Handreichung zur Durchführung der Gesprächswerkstätten in andere Kontexte (Schule, Weiterbildung etc.) zu überführen.



	Postmigrantische Familienkulturen (POMIKU)
	HAW Hamburg, Department Soziale Arbeit Universität Hamburg, Institut für Germanistik Lenzsiedlung e.V.
	Prof. Dr. Katja Weidtmann, HAW Hamburg
	01.07.2018 - 30.06.2022
	pomiku@haw-hamburg.de pomiku@lenzsiedlung.e.v. www.familienkulturen.de https://www.haw-hamburg.de/forschung/projekte-a-z/forschungsprojekte-detail/project/project/show/pomiku/



Postmigrantische Familienkulturen (POMIKU)

Das Projekt erforscht Familienkulturen in einem postmigrantischen Kontext am Beispiel der in den 1970er Jahre erbauten Großwohnsiedlung „Lenzsiedlung“ in Hamburg Eimsbüttel. Diese Siedlung gilt als eine der dichtesten Wohnsiedlungen Deutschlands und ist aufgrund eines Migrationsanteils von über 70 Prozent und einem Anteil von über 30 Prozent Familien für diese Untersuchung besonders geeignet. Untersucht wird, wie sich kulturell unterschiedliche Formen der Familienführung auf den sozialen Zusammenhalt und das Zusammenleben im Quartier auswirken. Fokussiert werden u. a. Normen, Wertvorstellungen und gelebte Vielfalt in Bezug auf Familie und Alltagsleben, auf genutzte Sprachen bei unterschiedlichen Anlässen im Prozess des Ankommens und im Verlauf der weiteren Integration sowie auf das Miteinander im Quartier. Außerdem wird die interaktionale Dynamik in den Interviews und die kommunikative Verwirklichung von Nähe und Distanz untersucht, was auch eine Rekonstruktion der Handlungsmacht (agency) der Akteure sowie Verfahren der Positionierung erlaubt.

Die Forschungsergebnisse sollen auch für Beratungs- und Beteiligungskonzepte und -formate nutzbar gemacht werden.

sind mit Vertreterinnen aus Soziologie, Psychologie, Ethnologie, Sozialpädagogik, Germanistik und Linguistik interdisziplinär ausgerichtet. Ein Gremium lokaler Akteure begleitet das Projekt beratend.

Zentrale Bestandteile des Vorhabens sind beteiligungsorientierte Ausstellungen und weitere Projekte zu unterschiedlichen Aspekten der Familienkulturen in der Lenzsiedlung, die im Rahmen des Projekts erarbeitet und beforscht werden. So ist z. B. seit 2019 im Bürgerhaus eine Ausstellung zu sehen, die von Bewohner*innen gestaltet wurde und kontinuierlich erweitert wird. In dieser Ausstellung werden in individuell gestalteten Kästen alltagsrelevante und kulturell bedeutsame Exponate gezeigt und ihre Geschichten erzählt. Auch Fotografien bilden den Ausgangspunkt für Erzählungen, u. a. bei einem Erzählcafé, Fotoaktionen und an einer Litfaßsäule, die so zu einem Ort der Erinnerung wird. Sie bietet Anlass zum Austausch für Bewohner*innen und bringt ihre Familienbilder und Fragmente von Erzählungen in die Öffentlichkeit. Die Datenerhebung der Begleitforschung erfolgt v. a. durch explorative und problemzentrierte Interviews, teilnehmende Beobachtung sowie eine personenzentrierte Netzwerkanalyse.

Kooperationen und Forschungsmethoden

Im Verbundprojekt POMIKU kooperieren die HAW Hamburg, die Universität Hamburg und Lenzsiedlung e.V., der durch langjährige Familienberatung und Gemeinwesenarbeit vor Ort gut verankert ist. Die Forschungsteams

Unterschiedlichen Formen des Alltagslebens

Die bisher erhobenen Daten weisen bei ähnlicher struktureller Ressourcenarmut der Bewohnerschaft der Lenzsiedlung auf eine große Heterogenität hin, nicht nur in Bezug auf kulturelle und sprachliche Hintergründe,

sondern auch bezüglich familiärer und Haushaltsformen sowie sozialer Vernetzung, die von unterschiedlich starker Einbindung in lokale Strukturen bis zu transnationalen Netzwerken reicht. Daraus ergibt sich eine große Bandbreite an unterschiedlichen Formen des Alltagslebens, Werten, Normen und persönlichen Einstellungen und Herausforderungen, die sich den Bewohner*innen in ihrem Alltag stellen. Eine davon betrifft den Umgang mit Zuschreibungen von außen, in denen sich verbreitete negative Einstellungen gegenüber Großwohnsiedlungen mit hohem Migrationsanteil widerspiegeln. Zwar galt die Lenzsiedlung lange Zeit als „sozialer Brennpunkt“, doch hat sich die Situation aufgrund von Quartiersentwicklungsprogrammen in den letzten 20 Jahren stark verbessert. Aktuell prägen überwiegend positive Erfahrungen des (Zusammen-)Lebens in der Siedlung das Selbstverständnis der Bewohnerschaft. Gleichzeitig scheinen einige Bewohner*innen sich bewusst „nach außen“ zu vernetzen, um der Stigmatisierung als Großwohnsiedlungsbewohner*innen entgegenzuwirken.

All diese Faktoren wirken auf den Zusammenhalt des gesamten Wohnviertels. Diesen noch genauer zu analysieren, auch und gerade im Hinblick auf bereits genutzte oder potentielle Ressourcen, die auch für die Gemeinwesenarbeit und Beratungsangebote vor Ort relevant sein können, ist u. a. Teil der letzten Phase des Forschungsprojekts (2021-2022). Schon jetzt lässt sich jedoch festhalten, dass es eher die Jüngeren und Frauen sind, die einen selbstverständlichen sozialen Umgang über ethnische Grenzen hinweg pflegen. Die Orte der Begegnung sind dabei häufig die Außenflächen der Siedlung mit zentral gelegenen Spielplätzen sowie die Angebote der lokalen Gemeinwesenarbeit.

Die Ergebnisse werden im letzten Projektjahr in Transferwerkstätten an Akteure der Sozial- und Familienberatung, der Sozialen Arbeit und der Kinder- und Jugendhilfe in anderen Hamburger Bezirken zur kollegialen Fachberatung zurückgespielt und in einer Konferenz an der HAW Hamburg einer Fachöffentlichkeit präsentiert.



	Gelingende Diversität im sozialräumlichen Kontext – Zum Wandel professioneller und zivilgesellschaftlicher Sozialer Arbeit durch Zuwanderung (ProZiS)
	Hochschule Fulda, Universität Kassel Praxispartner: Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Stadt Kassel
	Prof. Dr. Monika Alisch, Prof. Dr. Manuela Westphal Mitarbeiter*innen: Anke Freuwört, Jens Vogler
	01.04.2018 – 31.09.2021
	https://www.hs-fulda.de/sozialwesen/forschung/sozialer-raum-sozialstrukturanalyse/prozis



Gelingende Diversität im sozialräumlichen Kontext (ProZiS)

Das Verbundprojekt ProZiS untersucht den Wandel der Sozialen Arbeit in der Migrationsgesellschaft mit einem Fokus auf den Wechselwirkungen zwischen professionellen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Angenommen wird, dass gegenseitige Anerkennungs- und Lernprozesse von zugewandelter und alteingesessener Bevölkerung vielfältig sowohl in professionellen als auch zivilgesellschaftlichen Organisationen, Netzwerken und Beziehungen vor Ort stattfinden. Dabei wird gefragt, wie Diversität im sozialräumlichen Kontext in der Migrationsgesellschaft gelingen und entwickelt werden kann.

Das Verbundprojekt besteht aus zwei Teilprojekten (Diversitätskonzepte von Akteuren im Sozialraum und Beziehungskonzepte zwischen Engagierten und Zugewanderten) und ist als Praxisforschung angelegt. Die Erkenntnisse beider Teilprojekte werden nachhaltig in der Praxis verankert. Durch die Rückkopplung der Erkenntnisse wird eine Reflexion der eigenen Praxis ermöglicht, partizipativ im Rahmen einer Praxiskonferenz Leitlinien für eine nachhaltig gelingende Diversität im Gemeinwesen zu erarbeiten.

1. Identifizieren von institutionellen Veränderungen in der professionell und zivilgesellschaftlich organisierten Sozialen Arbeit mit Migrant*innen;
2. Rekonstruieren von Beziehungsformen, Selbstverständnissen und Hilfefunktionen im Verhältnis zwischen Zugewanderten, Professionellen und freiwillig Engagierten – im Hinblick auf die Aufnahme und Intensivierung interethnischer Kontakte;

3. Präzision von Lerneffekten für die Akteure der relevanten Handlungsfelder der Sozialen Arbeit.

Handlungsoptionen für gesellschaftliche Probleme entwickeln

Die Forschungsweise geht von der Transdisziplinarität relevanten Wissens aus. Für den Forschungsprozess bedeutet dies, im Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis Anschlüsse zu finden und fruchtbar zu machen und damit neue Handlungsoptionen für gesellschaftliche Probleme zu entwickeln.

Insofern ist die kooperative Zusammenarbeit mit Akteuren der Praxis kommunaler Migrationsarbeit von großer Bedeutung für den Zugang zum Feld sowie die Rückkopplung und Reflexion der Forschungserkenntnisse. Praxispartner im ProZiS-Projekt sind die Stadt Kassel sowie der Landkreis Hersfeld-Rotenburg im Land Hessen.

Spätestens mit der Zuwanderung geflüchteter Menschen haben sich die Strukturen im Handlungsfeld kommunaler Migrationsarbeit entwickelt. Neue Arbeitsteilungen zwischen Sozialarbeiter*innen und freiwillig Engagierten haben den beruflichen Alltag verändert, koordinierende und steuernde Aufgaben scheinen personenbezogene Tätigkeiten zu dominieren. Mit einer Institutionalisierung von Koordinationsstellen und ausdifferenzierten Hilfeangeboten, Akteuren, Projekten und Initiativen werden Ordnung, Übersicht und Transparenz herzustellen versucht.

Orte der Aushandlung über den angemessenen Umgang mit Diversität und Vielfalt müssen in den Kommunen zum Teil an die sich schnell verändernden rechtlichen Regelungen im Handlungsfeld Migration angepasst und neu gefunden werden.“

Gleichzeitig bilden sich regional spezifisch neue Initiativen und Handlungsstrukturen heraus.

Freundschaftliche Beziehungen zwischen Engagierten und Zugewanderten entstehen, sofern Hilfaspekte die Beziehungen nicht (mehr) dominieren und durch andere Verbindungsmomente (Arbeit, Freizeit) ersetzt werden.

Zur transdisziplinären Reflexion wurden drei „Rückkopplungsveranstaltungen“ mit den am Projekt beteiligten Akteuren der Migrationsarbeit (Sozialarbeiter*innen, Migrantenorganisationen, Engagierte, Engagementkoordinator*innen) durchgeführt. Diese Diskussionen wurden in einem weiteren Schritt ausgewertet.



	Schulischer Wandel in der Migrationsgesellschaft (SchuWaMi) - Schulkultur(en) im Kontext aktueller Fluchtmigration
	DIPF Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation, Goethe-Universität Frankfurt, IDeA
	Prof.*in Dr. Dominique Rauch, Dr.*in Svenja Vieluf, Prof.*in Dr. Birgit Becker, Dr.*in Patricia Stošić
	01.09.2018 – 31.08.2022
	https://www.dipf.de/de/forschung/aktuelle-projekte/schuwami-schulischer-wandel-in-der-migrationsgesellschaft-schulkultur-en-im-kontext-aktueller-fluchtmigration



Schulischer Wandel in der Migrationsgesellschaft (SchuWaMi) – Schulkultur(en) im Kontext aktueller Fluchtmigration

Ziel des Verbundprojektes ist es herauszufinden,

1. welche schulischen Umgangsweisen und schulkulturellen Ausformungen sich im Kontext fluchtmigrationsbezogener Differenz empirisch zeigen,
2. wie sich Schulkulturen durch die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung verändert haben und von welchen Faktoren diese Wandlungsprozesse abhängen, sowie
3. welche Zusammenhänge sich zwischen Schulkulturen und deren Wandel mit der Teilhabe von geflohenen Kindern und Jugendlichen im Kontext Schule zeigen.

Theoretische Folie für die Forschungsfragen ist das von Helsper u. a. formulierte Modell der Schulkultur. Schulkultur umfasst in dieser Perspektive symbolische und sinnstrukturierte Ordnungen, die von schulischen Akteur*innen und äußeren Strukturvorgaben geschaffen, aufrecht erhalten und transformiert werden. Es handelt sich also um ein Gefüge von Werten, Normen, Regeln und Erwartungen in der Spannung des Realen, Symbolischen und Imaginären. Die Schulkulturanalysen im SchuWaMi-Projekt fokussieren imaginäre Entwürfe der Schule zum Umgang mit Diversität an der Schule, die in Leitbildern und Schulprogrammen formuliert sind, und deren Beziehungen zu den Einstellungen und Orientie-

rungen der Akteure sowie zu schulischen Praktiken des Umgangs mit Diversität vor dem Hintergrund struktureller Bedingungen und äußerer Vorgaben. Weiterhin wird die Perspektive der geflohenen Kinder und aller anderen schulischen Akteur*innen auf Anerkennungsprozesse und Teilhabemöglichkeiten in Schulen beschrieben und zu den schulkulturellen Entwürfen und Praktiken in Beziehung gesetzt.

Die Bearbeitung dieser Fragen geschieht in einem interdisziplinären Team und mit Hilfe eines längsschnittlichen Mixed-Methods Designs. An Schulen in Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wurden zunächst Fragebögen von Schulleitungen, Lehrkräften, Schulsozialarbeiter*innen und von Schüler*innen ausgewählter Klassen ausgefüllt, die nach schulischen Rahmenbedingungen, individuellen Einstellungen und Praktiken sowie der Wahrnehmung von Anerkennungsverhältnissen und Teilhabemöglichkeiten fragen. Als Ergänzung dieser Daten dienen Leistungstests für die Schülergruppen in den Fächern Deutsch und Mathematik. Aus den bereits teilnehmenden Schulen werden ca. vier bis sechs für die vertiefende qualitative Teilstudie ausgewählt. Diese konzentriert sich auf die Untersuchung des Schulkulturwandels und besteht aus Interviews mit Lehrkräften, Schulsozialarbeiter*innen und Schulleiter*innen sowie aus Gruppendiskussionen mit Schüler*innen mit und ohne Fluchthintergrund.

Kooperationen mit der Praxis

Als Praxiskooperation steht SchuWaMi mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt in Verbindung. Eine wissenschaftliche Kooperation besteht zudem mit dem IDeA (Individual Development and Adaptive Education)-Zentrum. Herausragende Ereignisse waren im Jahr 2019 zum einen ein interner Workshop mit Prof. Dr. em. Werner Helsper zum Thema „Operationalisierung von Schulkulturen“. Zum anderen hat das Projekt SchuWaMi einen vom BMBF geförderten Workshop zum Thema „Migration und Bildungsweg: Passung, Teilhabe und Wandel“ ausgerichtet, an welchem die übrigen Projekte der Förderlinie mit Bezug zu Bildungsthemen teilgenommen haben.

Die im Rahmen des SchuWaMi Projektes gewonnenen Erkenntnisse sollen für Schulentwicklungs- und Lehrerfortbildungskonzepte genutzt werden. Dabei sollen die Ergebnisse „best practice“-Beispiele generieren und helfen, Handlungsspielräume im Kontext der durch äußere Strukturen und Vorgaben generierten Spannungsfelder auszuloten. Darüber hinaus soll eine Handreichung für die Politik entstehen, in welcher Rahmenbedingungen für die Beschulung geflohener Schüler*innen und ihre Bedeutung für die Praxis befragt und Unterstützungsmöglichkeiten auf politischer Ebene für die Entwicklung von Kompetenzen im Umgang mit geflohenen Schüler*innen skizziert werden sollen.



	Kulturelle Vielfalt und Konflikte in Gesundheitseinrichtungen: Eine empirische Studie (TONGUE)
	Philosophisch-Theologische Hochschule Vallendar (PTHV)
	Prof. Dr. Helen Kohlen
	01.04.2018 - 31.03.2021
	https://www.pthv.de/tongue
	E-Mail: tongue@pthv.de



Kulturelle Vielfalt und Konflikte in Gesundheitseinrichtungen: Eine empirische Studie (TONGUE)

Wie kann der Umgang mit kultureller Diversität in der Alltagspraxis von Pflege und Medizin gelingen? Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen, wie durch Migrationen nach Deutschland, entstehen für Gesundheitseinrichtungen vielfältige kulturelle Herausforderungen. Nicht allein die Zahl der Patient*innen mit Migrationsgeschichte steigt, auch die Zahl der Angestellten mit Migrationsgeschichte. Behandlungssituationen im Umgang mit Diversität gehören mehr und mehr zum Berufsalltag professioneller Akteur*innen in Krankenhäusern. Was sind genau die Herausforderungen und wie gehen Akteur*innen in Krankenhäusern praktisch damit um? Welche Strategien und Lösungen gibt es seitens des Managements? Bieten Klinische Ethikkomitees einen Raum zur Reflexion, wenn Konflikte im Umgang mit Diversität diskutiert werden?

Das Forschungsprojekt TONGUE zielt darauf, solche Herausforderungen und Konfliktsituationen, ihre Anlässe, Ursachen und Bewältigungsstrategien, auch Grenzen im Umgang mit Diversität ethnografisch zu erforschen. Dies geschieht an drei Krankenhäusern unterschiedlicher Trägerschaft und jeweils auf drei Ebenen: der Ebene des Managements, der klinischen Ethikkomitees und der medizinisch-pflegerischen Alltagspraxis. Als Endprodukt entstehen anwendungsorientierte, praxisnahe und wissenschaftlich fundierte Lösungsstrategien.

Vielfältige Kooperationen

Im Rahmen von TONGUE kooperieren wir mit diversen Partner*innen aus Wissenschaft und Praxis kooperiert: (1) mit den Akteur*innen in den drei Krankenhäusern, die

beforscht werden, (2) innerhalb der Förderlinie mit den Kolleginnen aus dem Projekt „Teilhabe durch soziokulturelle Öffnung? (Post-)migrantische Fachkräfte und Patient*innen im institutionellen Wandel am Beispiel von Medizin und Pflege“ wie auch mit Kolleg*innen, die sich ebenfalls mit Organisationen beschäftigen und (3) international mit den Forschungsgruppen um Prof. Dr. Vera Caine an der University of Alberta (Kanada) und Prof. Dr. Carlo Leget an der University for Humanistic Studies in Utrecht (Niederlande).

Die Feldbesuche wie auch der wissenschaftliche Austausch wurden bzw. werden durch die „Corona-Krise“ nicht in vollem Umfang durchgeführt. Als ein Ergebnis zeigt sich bereits, dass in den Krankenhäusern Lösungsansätze zwar vereinzelt vorliegen, aber eher zerteilt und nicht mit dem Ziel, ein notwendiges kohärentes Konzept zu entwickeln, das einen umfassenden Blick auf die Abläufe in Kliniken erlaubt. Zudem kristallisiert sich heraus, dass Konflikte und Herausforderungen auf den drei untersuchten Ebenen unterschiedlich wahrgenommen werden und sich entsprechend Unterschiede in der Verantwortungsübernahme zeigen. Während etwa Bedarfe an Kompetenzen für Dolmetschungen auf der Managementebene als ein randständiges Problem eingestuft werden, für das es keine weiterführenden Lösungskonzepte braucht, stellen sie sich in der Alltagspraxis von Medizin und Pflege anders dar: Vor dem Hintergrund eines generellen Zeit- und Personalmangels sind professionelle Dolmetschungen kaum realisierbar und eine gute Patient*innenversorgung nicht gesichert. Zeit- und Personalmangel spielen ebenso eine Rolle, wenn es um die Einarbeitung von Personal mit Migrationsgeschichte geht. Übergreifend zeichnen sich sowohl strukturelle Bedarfe ab als auch Bedarfe an Lösungswegen: Lösungswege, die Reflektionen ermög-

lichen, um zu einem grundlegenden Problembewusstsein beizutragen, das zur Entwicklung nachhaltiger Konzepte im Umgang mit Diversität motiviert.

Ergebnisse in Krankenhäusern einsetzbar

Die Ergebnisse aus dem Projekt TONGUE sind für Praxis, Politik und Wissenschaft gewinnbringend: Für Krankenhäuser, Krankenhausträger*innen und politische Entscheidungsträger*innen haben sie konkreten Nutzen, da für sie Konflikte beschrieben und praxisnahe Lösungs-

ansätze aufgefächert werden. Gerade für Einrichtungen bzw. deren Träger*innen, die planen, sich interkulturell auszurichten oder die ihre Maßnahmen überprüfen und erweitern wollen, ist dies von Relevanz. Der wissenschaftliche Impact liegt insbesondere in der situativ kontextuellen Analyse von Konflikten im Umgang mit kultureller Vielfalt und den damit zusammenhängenden institutionellen Grenzen und Möglichkeiten zur Lösungsfindung. Im Anschluss an das Projekt besteht ein wichtiger Schritt darin, den Veränderungsprozess in den Krankenhäusern im Hinblick auf eine gelungene kultursensible Praxis wissenschaftlich zu begleiten.



Titel (Verbund-)Projekt:	Teilhabe durch soziokulturelle Öffnung? (Post-) migrantische Fachkräfte und Patient/innen im institutionellen Wandel am Beispiel von Medizin und Pflege (ToP)
Beteiligte Einrichtungen:	Institut für Medizinische Soziologie und Rehabilitationswissenschaft der Charité Universitätsmedizin Berlin Psychiatrische Universitätsklinik der Charité im St. Hedwig-Krankenhaus Institut für Gesundheit & Soziales der FOM Hochschule für Oekonomie & Management gGmbH
Projektleitung:	Prof. Dr. phil. Liane Schenk, Institut für Medizinische Soziologie und Rehabilitationswissenschaft der Charité Universitätsmedizin Berlin
Laufzeit:	01.02.2018 – 31.05.2021
Weitere Informationen:	IMSR Charité: https://medizinsoziologie-reha-wissen-schaft.charite.de/forschung/versorgungsforschung/teilhabe_durch_soziokulturelle_oeffnung/ FOM: https://www.fom-blog.de/2018/04/bmbf-projekt-teilhabe-durch-soziokulturelle-oeffnung-post-migrantische-fachkraefte-und-patient-innen-im-institutionellen-wandel-am-beispiel-von-medizin-und-pflege-top-am-1-jan/

Institutioneller Wandel durch Migration im deutschen Gesundheitswesen (ToP)

Wie unsere postmigrantische Gesellschaft, so prägt soziokulturelle Vielfalt auch das Gesundheitswesen. Denn mit einer wachsenden Diversität von Patient*innen, Ärzt*innen und Pfleger*innen werden kulturell geprägte Vorstellungen von Krankheit und Gesundheit, von „guter“ Pflege und Medizin sowie Interaktionen und Arbeitsabläufe vielschichtiger. Das Projekt ToP hat zum Ziel, die damit einhergehenden Wandlungsprozesse in Krankenhäusern und ambulanten Pflegediensten zu untersuchen. ToP verknüpft hierbei die Patientenperspektive mit der des Gesundheitspersonals, um herauszufinden, inwiefern eine Verbesserung von Arbeits- und Versorgungsbedingungen für (post) migrantische Menschen durch Prozesse der soziokulturellen Öffnung unterstützt werden kann.

Die Studie wird in insgesamt acht Versorgungseinrichtungen in zwei Bundesländern durchgeführt (vier Krankenhäuser, vier ambulante Pflegedienste). Zur Anwendung kamen verschiedene Erhebungsmethoden. Mittels einer Teilnehmenden Beobachtung wurde bspw. der Arbeitsalltag in den Einrichtungen analysiert. Darüber hinaus wurden Ärzt*innen und Pflegekräfte, Mitarbeitende der Leitungsebene sowie Patient*innen mit und ohne Migrationshintergrund befragt. Parallel zu diesen Untersuchungen werden in einem partizi-

pativen Prozess kultursensible Interventionen in Form eines „Maßnahmenkoffers“ entwickelt und evaluiert.

Kulturelle Kompetenz fördern

Erste Ergebnisse aus den Arbeitspaketen geben Einblicke in das Forschungsfeld. Die statistischen Analysen der Online-Befragung, an der sich 838 Pflegefachkräfte und Ärzt*innen beteiligten, zeigen, dass organisationsbezogene Faktoren der Versorgungseinrichtung und individuelle Faktoren wie ein beidseitiger Migrationshintergrund die kulturelle Kompetenz des Gesundheitspersonals befördern können. Kulturelle Kompetenz gilt als eine Kernqualifikation im Prozess der interkulturellen Öffnung (IKÖ) von Gesundheitseinrichtungen. Im Rahmen der Teilnehmenden Beobachtung wurde u. a. untersucht, inwiefern sich IKÖ innerhalb der untersuchten Gesundheitseinrichtungen auf system- und sozialintegrativer Ebene auswirkt. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass IKÖ auf systemischer Ebene effizientere Versorgungsabläufe und auf sozialer Ebene einen solidarischen Umgang begünstigen kann. Die Experteninterviews mit leitenden Mitarbeiter*innen zeigen, dass Gesundheitspersonal mit Migrationshintergrund insbesondere dann sehr willkommen ist,

wenn viele Patient*innen mit Migrationshintergrund zu behandeln sind – unter der Voraussetzung, dass die Mitarbeitenden über gute Deutschkenntnisse verfügen als Skills für die Kommunikation im Team oder Dokumentationstätigkeit. Zu große Diversität führt aus Sicht der Leitungspersonen eher zu Spannungen im Arbeitsalltag, die auch auf variierende Arbeitskulturen zurückzuführen sind.

Die Intervention Maßnahmenkoffer zielte auf eine interkulturelle Sensibilisierung von Mitarbeitenden. Sie begann in vier Gesundheitseinrichtungen mit einer Bedarfsanalyse unter den Mitarbeiter*innen, auf deren Basis eine Materialsammlung für interkulturelle Behandlungssituationen erstellt wurde. Darin sind Anamnesebögen, medizinische Ratgeber und psychologische Fragebögen in sechs relevanten Sprachen (zum Beispiel Türkisch, Persisch, Arabisch) enthalten. Um sprachlichen Barrieren weiter entgegenzuwirken, wurden Piktogramme entwickelt bzw. zusammengestellt, die eine nonverbale Kommunikation über grundlegende Gesundheitsinformationen zwischen Patient*innen und Gesundheitspersonal ermöglichen. Darüber hinaus wurden Mitarbeitende aus Medizin und Pflege hinsichtlich des Einsatzes professioneller

Dolmetscher*innen geschult. Mitarbeitende zweier Krankenhäusern wurden als Multiplikator*innen ausgebildet und über drei Monate engmaschig supervidiert. Dieser Prozess wird begleitend evaluiert und die eingeführten Maßnahmen werden in einem Prä-Post-Post-Studien-Design auf ihre Wirksamkeit untersucht.

Der Blick in die Zukunft

Die Ergebnisse der Fallstudien werden verschiedenen Personengruppen zur Verfügung gestellt, die sich mit soziokultureller Diversität im Gesundheitswesen befassen. Zum einen werden die Ergebnisse in die Lehre an der Charité in Berlin und an der FOM Hochschule einfließen, damit die Ärzt*innen und Pflegekräfte von morgen sich bereits während ihres Studiums mit kultursensiblen Fragestellungen befassen. Zum anderen werden die Ergebnisse in Fachzeitschriften veröffentlicht und auf Fachtagungen präsentiert. Darüber hinaus werden wir Richtlinien für eine verbesserte Teilhabe von Gesundheitspersonal und Patient*innen mit Migrationshintergrund entwickeln, um diese über Gremienarbeit in gesundheitspolitische Debatten einzubringen.



Titel (Verbund-)Projekt:	Transnationale Mobilität in Schulen (TraMiS)
Beteiligte Einrichtungen:	Universität Bremen, Arbeitsbereich interkulturelle Bildung
Projektleitung:	Prof. Dr. Yasemin Karakaşoğlu Senior Researcher Dr. Dita Vogel
Laufzeit:	01.02.2018 - 30.4.2021
Weitere Informationen:	Tramis.de

Transnationale Mobilität – ein Zukunftsthema für Schulen

Ausgangspunkt des Projekts war die Beobachtung, dass Zuwanderung oft mit unbestimmter oder befristeter Perspektive erfolgt, die schulische Integrationspolitik aber nur auf die Vorbereitung eines Lebens in Deutschland konzentriert ist. Daher ist das Projekt „Transnationale Mobilität in Schulen“ mit dem Ziel angetreten, die Bildungsbedarfe bei Mobilität in den Blick zu nehmen und systematisch nach institutionellen Wandlungsmöglichkeiten zu fragen – also danach, wie Schulen so inklusiv ausgerichtet werden können, dass sie den Bildungsbedarfen von Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichen Migrationsperspektiven gerecht werden können.

Offene Migrationsperspektiven für alle Jugendlichen

Wenn nicht nur über Migration in der Vergangenheit, sondern auch über Mobilität in der Zukunft nachgedacht wird, kann es selbstverständlich nicht nur um Zugewanderte gehen, sondern um die Migrationsperspektiven aller Kinder und Jugendlichen. Dass außer der Zuwanderung auch die Abwanderung wichtig ist, zeigt die Wanderungsstatistik. Auf zehn Zuzüge von Minderjährigen über die Grenzen Deutschlands kamen im Zeitraum 1991-2015 etwa fünf Fortzüge. Diese Bewegungen haben sehr unterschiedliche individuelle oder gesellschaftliche, wirtschaftliche oder politische Ursachen, von der Arbeitsmigration der Eltern bis zum unsicheren Aufenthaltsstatus nach einer Flucht. Auch Faktoren wie die internationale Vernetzung, die in Deutschland schon lange u. a. wegen seiner exportorientierten Wirtschaft und der Zusammenarbeit in der Europäischen Union für wichtig gehalten wird, spielen eine Rolle bei diesen Migrationsbewegungen.

Geringe Berücksichtigung migrationsbedingter Mehrsprachigkeit bei Schulabschlüssen

Transnationale familiäre Vernetzungen werden noch zu wenig als Chance wahrgenommen und in der Bildungspolitik berücksichtigt. So weist die offizielle Bevölkerungsstatistik für jede*n dritte*n Minderjährige*n einen „Migrationshintergrund“ aus, was ein mehrsprachiges Aufwachsen und transnationale familiäre Bindungen wahrscheinlich macht. In Großstädten spricht mehr als die Hälfte aller Schüler*innen außer Deutsch noch eine weitere Sprache in der Familie. Die Bildungspolitik ist aber nach wie vor überwiegend so ausgestaltet, als würden Schüler*innen einsprachig Deutsch und auch zukünftig nur in Deutschland aufwachsen. Das lässt sich am Beispiel des Sprachenlernens verdeutlichen. Es gibt eine Trennung in Fremd- und Herkunftssprachen. Fremdsprachen werden von Grund auf unterrichtet, sind verpflichtend und relevant für Schulabschlüsse. Herkunftssprachen werden bestenfalls zusätzlich unterrichtet und meist nur als Zusatzleistung auf dem Zeugnis vermerkt.

Innovationsmöglichkeiten in Kooperationen mit Schulen gesucht

Für die systematische Suche nach Innovationsmöglichkeiten wurden mit Unterstützung der GEW und der Freudenberg Stiftung zwölf engagierte Schulen in Deutschland als Kooperationspartner gewonnen. Schulleitungen, Lehrkräfte, Eltern und Schüler*innen haben ihre Erfahrungen und Ideen in die Diskussionen zu exemplarisch verdichteten Fallgeschichten zur transnationalen Mobilität von Schüler*innen (sog. Vignetten) eingebracht.

Beispiel: Versetzen Sie sich in die Lage der Eltern. Welchen Umgang würden Sie sich als Eltern von Ihrer Schule

wünschen? Was würden Sie sich von der Politik wünschen? Welche weiteren Aspekte sind Ihnen bei diesem Thema wichtig?

Maria (15) ist in Deutschland aufgewachsen. In ihrer Familie spricht sie Griechisch, kann aber Griechisch nur mit Mühe lesen und schreiben. Sie kennt Griechenland aus den Ferien. Sie will auf jeden Fall Abitur machen und dann entscheiden, ob sie in Deutschland oder in Griechenland studiert.

Außerdem wurden in New York (USA), Winnipeg (Kanada), Lidingö (Schweden) und Bozen (Italien) Schulen besucht und dort Rahmenbedingungen und Ansätze ermittelt, die für die Bildungspolitik in Deutschland Anregungen geben können. Ein Highlight der Kooperation mit Schulen war ein Workshop kurz vor dem Lockdown. Vertreter*innen der Schulen aus dem In- und Ausland konnten Erfahrungen austauschen und mit dem Forschungsteam erste Ideen für Entwicklungsmöglichkeiten in Deutschland diskutieren. Diese Ideen werden seitdem zu anschaulichen Impulsen ausgearbeitet und veröffentlicht.

Praxisorientierte Impulse zur bedarfsorientierten Berücksichtigung von transnationaler Mobilität

Ein erster Impuls plädiert für eine Weiterentwicklung vom Fremd- und Herkunftssprachenunterricht zu einem Sprachenunterricht. Dass die derzeitigen Regelungen mehrsprachig Aufgewachsene diskriminieren, wird in einem Comic dargestellt. Um ihr Abitur ablegen zu dürfen, müssen sie Unterricht in einer „zweiten Fremdsprache“ nachweisen, auch wenn sie schon mehrere Sprachen sprechen und dies in Prüfungen nachweisen könnten. Deshalb wurde ein Reformvorschlag entwickelt, der als zentrales Element einen Anspruch auf Prüfung in allen Sprachen enthält. Unter dem Titel „Drei Sprachen sind genug fürs Abitur“ wurde damit eine Debatte beim Rat für Migration, einem interdisziplinären Zusammenschluss von 170 Migrationsforscher*innen in Deutschland, initiiert, zu der Fachkolleg*innen Kommentare verfasst haben.

Impulse zu weiteren Themen erscheinen nach und nach auf der Website des Projekts, wobei jeweils auch Zeichnungen und vereinfachende Darstellungen gewählt werden, um für ein Thema zu sensibilisieren, Handlungsmöglichkeiten anschaulich zu machen und Interessierten Fortbildungsmaterial für unterschiedliche Zielgruppen (Lehrer*innenkollegien; Studierende) zur Verfügung zu stellen. Bei weiteren Impulsen ist u. a. geplant, auf das schwedische Modell zur Kompetenzdiagnose von Zugewanderten hinzuweisen, Anregungen zum Einsatz von vielfältigen Sprachenkenntnissen im Fachunterricht zu geben und ein Modellprojekt vorzuschlagen, wie im Jugendalter Zugewanderte mit Fachunterricht von Anfang an – in Anlehnung an ein Modell von spezialisierter Schulen in New York – in vier Jahren zu einem Mittleren Schulabschluss gebracht werden könnten.



Titel (Verbund-)Projekt:	ZOMiDi - Zivilgesellschaftliche Organisationen und die Herausforderungen von Migration und Diversität: Agents of Change
Beteiligte Einrichtungen:	Humboldt-Universität Ludwig-Maximilian-Universität München Max-Planck-Instituts zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften in Göttingen
Projektleitung:	Prof. Dr. Karen Schönwälder
Laufzeit:	01.08.2018 – 31.07.2021
Weitere Informationen:	www.zomidi.de

Zivilgesellschaftliche Organisationen und die Herausforderungen von Migration und Diversität (ZOMiDi)

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind in der deutschen Gesellschaft allgegenwärtig. Auf vielfältige Art sind so unterschiedliche Organisationen wie Wohlfahrtsverbände, Sportvereine, Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Interessenverbände etc. daran beteiligt, gesellschaftliches Leben zu strukturieren und für lebendige und breite Prozesse der politischen Willensbildung zu sorgen. Wie solche Organisationen aber auf migrationsbezogenen gesellschaftlichen Wandel reagieren und diesen mitgestalten, ist noch relativ wenig erforscht. Das ZOMiDi-Projekt trägt dazu bei, dies zu ändern. Es konzentriert sich auf zivilgesellschaftliche Organisationen, die politische Ziele verfolgen. Sie sind mitentscheidend dafür, welche spezifischen Interessen wirkungsvoll artikuliert werden und damit größere Chancen haben, in politischen Entscheidungen berücksichtigt zu werden. Ob Menschen mit Migrationshintergrund gleiche Chancen auf politische Teilhabe haben, wird in und durch zivilgesellschaftliche Organisationen mitentschieden. Sind diese Organisationen selbst divers? Artikulieren sie auch Interessen der migrantischen Bevölkerung? Welche Faktoren sind für Offenheit oder Trägheit, vielleicht auch eine Abwehr migrationsbezogenen Wandels, verantwortlich?

Vier Lobbyisten für Interessen Benachteiligter

Besonders interessiert sich das ZOMiDi-Projekt für Organisationen, deren Anliegen die Vertretung einer gesellschaftlich benachteiligten Gruppe ist. Öffnet eigene Benachteiligung die Augen für die Benachteiligung Anderer? Die Bereitschaft von vier ausgewählten Organisationen zur Kooperation machte das Projekt erst möglich. Auch die Organisationen selbst empfanden

dessen Fragestellungen als interessant und relevant für ihre Arbeit. Mit der Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V. untersucht das Projekt einen Lobbyisten für Menschen mit Behinderung und ihre Familien. Der Lesben- und Schwulenverband LSVD kämpft für die Gleichstellung aller Menschen ungeachtet ihres Geschlechts und ihrer sexuellen Orientierung. Im Mittelpunkt der Arbeit der Deutschen AIDS-Hilfe e.V. stehen die Interessen von Gruppen, die besonders von HIV/Aids betroffen und oft mehrfach stigmatisiert sind. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di schließlich vertritt die Interessen abhängig Beschäftigter. In Mitgliederzahl, Organisationsstruktur und Arbeitsweise gibt es nicht unwesentliche Unterschiede zwischen diesen Organisationen. Bewusst zielte das Projekt darauf, erst einmal ausgewählte Einsichten in die vielfältige Landschaft zivilgesellschaftlicher Organisationen zu gewinnen.

Über gut drei Jahre hinweg besuchten die beteiligten Wissenschaftler*innen Veranstaltungen, lasen Tausende von Dokumenten und führten Interviews mit Mitgliedern und Funktionsträger*innen.

Migration verändert, mehr oder weniger

- Alle vier Organisationen treten für Anliegen von Migrant*innen ein. Zum Teil ist dies eher neu, zum Teil schon jahrzehntelange Praxis. 2015 etwa engagierten sich alle vier Organisationen für die Aufnahme Geflüchteter und kritisierten restriktive Tendenzen der deutschen Asylpolitik. Nur zwei der vier Organisationen aber haben feste Ressortzuständigkeiten für Migration.

- In unterschiedlichem Maß verstehen die Organisationen es als ihre Aufgabe, die migrantische Bevölkerung anzusprechen, deren unter Umständen spezifische Anliegen mit zu vertreten. In Interessenorganisationen organisieren sich Menschen, weil sie gemeinsam bestimmte Interessen vertreten wollen. Ist es ein Problem, wenn diese Mitglieder dann nicht die Zusammensetzung der Bevölkerung widerspiegeln, wenn z. B. Menschen mit Migrationsgeschichte oder Angehörige ethnischer Minderheiten kaum vertreten sind? Zunehmend wird dies in den Organisationen bejaht, Konsequenzen aber sind unklar, und das Anliegen einer interkulturellen Öffnung genießt angesichts vielfältiger Herausforderungen nicht Priorität. Gezielte Maßnahmen zur Förderung einer vielfältigeren Belegschaft gibt es kaum.
- Brauchen und wollen Migrant*innen innerhalb solcher Mainstream-Organisationen besondere Strukturen? Müssen insgesamt Strukturen der Or-

ganisation verändert werden, um mehr Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen? Die Antworten auf diese Fragen sind unterschiedlich. Mehrere Organisationen reagieren – unterschiedlich schnell, unterschiedlich konsequent – auf das Bedürfnis von Migrant*innen, unter Menschen gleicher Sprache und mit vergleichbaren Erfahrungen ihre Probleme zu besprechen, indem sie besondere migrantische Gruppen fördern. Die Gewerkschaft verdi hat in ihrer Satzung Beteiligungsrechte von Migrationsausschüssen abgesichert, weitere Teilhabeansprüche sind umkämpft.

Forschung kann – neben ihrem Beitrag zu wissenschaftlichen Erkenntnissen - zur Reflexion der eigenen Praxis anregen, Anstöße geben für Veränderungen, Handlungsalternativen aufzeigen. Das ZOMiDi-Projekt möchte in diesem Sinne zu Veränderungen in Richtung zu mehr Offenheit und Teilhabe in zivilgesellschaftlichen Organisationen beitragen.

Europäische Forschung zu Migration und Integration

Wie kann die schulische Integration von Kindern mit Migrationshintergrund verbessert werden? Wie entwickeln sich Migrationsbewegungen nach Europa und welche Szenarien lassen sich für die Zukunft erwarten? Wie entstehen gesellschaftliche Narrative zum Thema Migration und welche Wirkungen entfalten diese Darstellungen in europäischen Gesellschaften? Dies sind nur einige der Fragen, mit denen sich EU-geförderte Forschungsprojekte beschäftigen.

Forschung zu einer weiten Bandbreite von Themen

Die Themen „Migration und Integration“ spielen in den Forschungsrahmenprogrammen der Europäischen Union bereits seit langem eine Rolle – doch im Zuge des starken Anstiegs von Fluchtbewegungen nach Europa 2015 wurde die Förderung für Forschungsprojekte zu diesen Themen deutlich ausgeweitet. Über das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, „Horizont 2020“ (Laufzeit 2014-2020), wurden und werden zahlreiche Forschungsprojekte finanziert, die sich mit Migration und Integration beschäftigen. Die Projekte decken eine weite Bandbreite an unterschiedlichen Themen ab. Es geht um die Analyse von Politiken auf europäischer, nationaler oder lokaler Ebene, um gesellschaftliche Entwicklungen, die im Zusammenhang mit Migration stehen, um die Untersuchung und Weiterentwicklung von konkreten Konzepten und Maßnahmen zur Förderung von Integration, oder um die Forschung zu wirksamen Schutzmaßnahmen für Geflüchtete und gewaltsam Vertriebene.

Europäische Perspektive und Praxisrelevanz

Gemeinsam ist den Projekten der europäische Ansatz und der Anspruch, mit den Forschungsergebnissen in die gesellschaftliche und politische Praxis zu wirken. Die

Projekte werden in einem Verbund aus europäischen und teilweise weiteren internationalen Partnern umgesetzt und forschen vergleichend in unterschiedlichen europäischen Ländern. Die Ergebnisse sind dadurch für eine Vielzahl von Akteuren in ganz Europa relevant. Gleichzeitig unterstützen die Projekte mit Ihren Forschungsarbeiten den Wissenstransfer innerhalb Europas. In der Regel sind Praxispartner eingebunden, die wichtige Impulse für das Forschungsdesign der Projekte beitragen und gleichzeitig den Transfer und die Umsetzung der Ergebnisse unterstützen. Die Erkenntnisse aus den Forschungsprojekten sollen in Handlungsempfehlungen für Politik, Verwaltung oder andere handelnde Akteure münden. Es sollen zum Teil auch ganz konkrete Instrumente erarbeitet werden, wie z. B. Smartphone-Apps für Geflüchtete, die dabei helfen, Informationen und Angebote in Bereichen wie Arbeit, Bildung, Wohnen und Gesundheit zugänglich zu machen.

Zukünftige EU-Förderung für Migrationsforschung: „Horizont Europa“

Das neue EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, „Horizont Europa“ läuft von 2021 bis 2027. Migration und Integration als Forschungsthemen spielen darin weiterhin eine Rolle, insbesondere im Programmbereich „Kultur, Kreativität und inklusive Gesellschaft“. Forschung zu Migration und Integration ist in den Ausschreibungen des Programms zum einen als Querschnittsthema in einer Vielzahl von Themen eingebettet, bei denen es übergeordnet um Forschung zu gesellschaftlichen Transformationen und zur Zukunft der europäischen Demokratien geht. Zum anderen gibt es auch dezidierte Fördermöglichkeiten, bei denen Migrations- und Integrationsforschung im Zentrum stehen. In den ersten Ausschreibungsrunden von Horizont Europa richteten sich diese Fördermöglichkeiten auf verschiedene Aspekte des Themas „irreguläre Migration“, sowie auf die Frage nach den Auslösern von Migrationsentscheidungen.

Weitere Informationen

Mehr Informationen zu EU-geförderter Forschung im Bereich Migration und Mobilität:

https://ec.europa.eu/info/research-and-innovation/research-area/social-sciences-and-humanities/migration-and-mobility_en

Bei Fragen zum EU-Programm „Horizont Europa“ unterstützt die Nationale Kontaktstelle Gesellschaft:

<https://www.nks-gesellschaft.de/>

Aktuelle EU-Projekte zu den Themen Integration und Migration mit deutscher Beteiligung

Projekt	Webseite
CROSS-MIGRATION - Current European and Cross-National Comparative Research and Research Actions on Migration	https://migrationresearch.com/
RESPOND - Multilevel Governance of Mass Migration in Europe and Beyond	https://www.respondmigration.com/
CEASEVAL- Evaluation of the Common European Asylum System under Pressure and Recommendations for Further Development	http://ceaseval.eu/
NOVAMIGRA - Norms and Values in the European Migration and Refugee Crisis	https://novamigra.eu/
MAGYC - Migration Governance and Asylum Crises	https://www.magyc.uliege.be/
CHILD-UP - Children Hybrid Integration: Learning Dialogue as a way of Upgrading Policies of Participation	http://www.child-up.eu/
IMMERSE - Integration Mapping of refugee and Migrant Children in Schools and Other Experiential Environments in Europe	https://www.immerse-h2020.eu/
MICADO - Migrant Integration Cockpits and Dashboards	https://www.micadoproject.eu/
WELCOME - Multiple Intelligent Conversation Agent Services for Reception, Management and Integration of Third Country Nationals in the EU	https://welcome-h2020.eu/
FOCUS - Forced displacement and refugee-host community solidarity	https://www.focus-refugees.eu/
TRAFIG - Transnational Figurations of Displacement: Connectivity and Mobility as Solutions to protracted Refugee Situations	https://trafig.eu/
FUME - Future Migration Scenarios for Europe	https://futuremigration.eu/
HumMingBird - Enhanced migration measures from a multidimensional perspective	https://hummingbird-h2020.eu/
QuantMig - Quantifying Migration Scenarios for Better Policy	http://www.quantmig.eu/
MATILDE - Migration Impact Assessment to Enhance Integration and Local Development in European Rural and Mountain Areas	https://matilde-migration.eu/
WelcomingSpaces - Investing in ‚Welcoming Spaces‘ in Europe: revitalizing shrinking areas by hosting non-EU migrants	https://www.welcomingspaces.eu/
MIMY - Empowerment through liquid Integration of Migrant Youth in vulnerable conditions	https://www.mimy-project.eu/
PROTECT - The Right to International Protection: A Pendulum between Globalization and Nativization?	https://protectproject.w.uib.no/
VULNER - Vulnerabilities under the Global Protection Regime: how does the law assess, address, shape, and produce the vulnerabilities of protection seekers?	https://www.vulner.eu/
ASILE- Global Asylum Governance and European Union's Role	http://www.asileproject.eu/



DLR Projektträger

DLR-PT.de